

Nr. 2 Juni '97



## DREIGLIEDERUNG DES SOZIALEN ORGANISMUS

Wirtschaft ohne Sozialbindung?  
Fragen der Globalisierung

Miteinander statt Gegeneinander - Wert 1 und Wert 2 - Bezugspunkt deutsche Klassik - Berichte und Termine

HERAUSGEGEBEN VON DER INITIATIVE „NETZWERK DREIGLIEDERUNG“

**Inhalt**

Editorial / Notiert .....	S. 2
Wirtschaft ohne Sozialbindung - Fragen der Globalisierung (Christoph Strawe) .....	S. 3
Miteinander statt Gegeneinander (Wilhelm Neurohr) .....	S. 14
Wert 1 und Wert 2 bei R. Steiner und W. Schmundt (Detlef Oluf Böhm) .....	S. 19
Bezugspunkt deutsche Klassik (Ekkehart Krippendorff) .....	S. 23
Berichte .....	S. 25
Ankündigungen und Termine .....	S. 28

**Impressum:**

Rundbrief Dreigliederung des sozialen Organismus. Herausgegeben von der Initiative „Netzwerk Dreigliederung“. Redaktion und Verwaltung: Dr. Christoph Strawe und Dipl. Pol. Volker Stubel. Adresse: Haußmannstr. 44a, D-70188 Stuttgart, Tel.: 0711-2368950, Fax: 0711-2360218. Umschlaggestaltung Paul Pollock. Es erscheinen in der Regel vier Hefte pro Jahr. Versand (Abo) gegen Kostenbeitrag (Richtsatz für das volle Jahr DM 30,-). Zahlungen bitte durch Geldschein, Scheck oder Überweisung auf Konto-Nr. 1161625, Treuhandkonto Czesla, Landesgirokasse Stuttgart, BLZ 60050101. Bitte jeweils das Stichwort „Rundbrief“ angeben. Bei Beiträgen zum Kostenausgleich der Initiative „Netzwerk Dreigliederung“ werden, soweit keine gesonderte Überweisung für den Rundbrief erfolgt, DM 30,- auf den Rundbrief angerechnet.

**Editorial**

*Volker Stubel / Christoph Strawe*

In allen Fragen der gesellschaftlichen Entwicklung schiebt sich heute die Ökonomie in den Vordergrund. In der politischen Debatte geht es primär um Standort- und Kostenfragen, die Kulturlandschaft wird von Finanzierungsproblemen und Sparzwängen geprägt. Ökonomie soll menschlichen Bedürfnissen dienen. Marktwirtschaft unter den Bedingungen der Globalisierung tendiert aber offensichtlich dazu, diesen Gedanken in den anderen zu verkehren, daß die Menschen sich der Ökonomie zu beugen haben und alle gesellschaftlichen Lebensfelder nur unter dem Gesichtspunkt der Verwertungsbedingungen des Kapitals angeschaut werden. So wird die Frage nach der Sozialbindung der Wirtschaft zu einer Schlüsselfrage, an der die Zukunft einer menschenwürdigen Sozialverfassung hängt. Im Mittelpunkt dieses Rundbriefs stehen deshalb Fragen der Globalisierung und des Herankommens an eine assoziative Form des Wirtschaftens, die in den einzelnen Beiträgen aus jeweils unterschiedlicher Perspektive angeschaut werden. Ergänzt wird dies durch einen mehr „theoretischen“ Beitrag zum Verhältnis von Wert 1 und Wert 2, der eine aus der „Dreigliederungsde-

batte“ der Vergangenheit offene Frage aufgreift.

Von einer ganz anderen Seite aus spiegelt abschließend der Politologe E. Krippendorff die Tendenzen der Gegenwart. Er lädt zum „historischen Nachdenken über Maßstäbe, Werte und Perspektiven“ vor dem Hintergrund der deutschen Klassik ein. Die Rückbesinnung auf diesen geistesgeschichtlichen Höhepunkt - der sich immer als global verstand - tut not, finden sich doch hier Grundlagen für Alternativen in Politik, Kultur und Wirtschaft, die uns heute so mangeln. Nicht zuletzt knüpfte R. Steiner in der Entwicklung der Anthroposophie und der Dreigliederung an diesen Impulsen an.

**Zur finanziellen Situation -  
Bitte um Unterstützung**

Um die Kosten der Initiative „Netzwerk“ im laufenden Jahr zu decken, fehlen immer noch knapp 13.000,- DM. Wir sind auf zusätzliche Kostenbeiträge dringend angewiesen, da sonst zum Jahresende Liquiditätsengpässe drohen.

Daher bitten wir herzlich, noch ausstehende Kostenbeiträge für den Rundbrief und zum Kostenausgleich jetzt, wenn möglich, zu überweisen. Diejenigen, die sich bereits am Kostenausgleich beteiligt haben und denen wir hier noch einmal sehr herzlich danken wollen, bitten wir zu prüfen, ob sie unter den gegebenen Umständen noch etwas mehr tun können. Rein rechnerisch wären wir „aus dem Schneider“, wenn jeder Kostenausgleicher noch rund 70,- DM nachschießt. Da nicht alle das werden leisten können, sind wir aber auch darauf angewiesen, daß einige Freunde über diesen Betrag noch hinausgehen können.

**Notiert: Aus dem Zeit-  
geschehen<sup>1</sup>**

(vs) Das Urteil im Mykonos-Prozeß führt zu einer Krise der Beziehungen zwischen Deutschland bzw. der EU und dem Iran. + + + Eine Feuerkatastrophe in Mekka fordert Hunderte Menschenleben. + + + Bundespräsident Herzog übt in einer Rede Kritik an der Politik, die sich in leeren Ritualen erschöpfe, anstatt die überfälligen Reformen anzugehen. + + + Überwältigender Sieg der Labour Party unter Tony Blair bei den Parlamentswahlen in England. + + + Bundesbauminister Töpfer (CDU) will das heutige Sozialmietensystem schrittweise abbauen. Das sieht der Entwurf eines neuen Wohnungsgesetzbuches vor. + + + In den Fragen der Steuer- und Rentenreform kommt es zu keinerlei Annäherung zwischen Regierung und Opposition. + + + Die Postbank AG soll nach Aussage von Postminister Bötsch noch im laufenden Jahr an die Börse gehen. Der Bund erwartet aus der Privatisierung Einnahmen von rund drei Mrd. DM. + + + Beim Schachduell zwischen dem Weltmeister Kasparow und

„Big blue“ „gewinnt“ der Schachcomputer. +++ Die bisher nur in den Kommunalparlamenten vertretenen Freien Wählergemeinschaften wollen in Bayern auch an den Landtagswahlen teilnehmen. +++ Bei den Wahlen im Iran siegt der als vergleichsweise liberal geltende Kandidat Mohammed Khatemi. +++ Die Truppen des kongolesischen Rebellenführers Kabila marschieren in der Hauptstadt Kinshasa ein. Kabila ernennt sich selbst zum Präsidenten mit weitgehenden Vollmachten. +++ Die Shell-Studie „Jugend 1997“ wird veröffentlicht. Die Befragung von 2.100 Jugendlichen durch ein Wissenschaftlerteam hat u.a. ergeben, daß bereits Zwölfjährige Angst vor Arbeitslosigkeit haben. +++ Bei Meinungsumfragen befindet sich die Regierungskoalition auf dem Tiefpunkt ihrer Beliebtheitskala. +++ Das Statistische Bundesamt meldet folgende Arbeitsmarktdaten für Mai 1997: Altbundesländer: Arbeitslose 2.960.239, Kurzarbeiter 129.129, ABM-Beschäftigte 60.817, offene Stellen 308.671. Neue Bundesländer: Arbeitslose 1.295.408, Kurzarbeiter 53.997, ABM-Beschäftigte 177.072, offene Stellen 51.957. +++ 319 800 Bewerber um Ausbildungsplätze konnten - bei 135.300 offenen Stellen - nicht vermittelt werden. Das waren 11% mehr als im Mai letzten Jahres. +++ Die Koalition will die dritte Stufe der Gesundheitsreform gegen den Widerstand des Bundesrates durchziehen. +++ In „Zeit“ und „Spiegel“ erscheinen massive Angriffe auf die sog. besonderen Therapierichtungen. +++ Am 2. Juni jährt sich zum 30. Mal der Tag,

an dem die Erschießung des Studenten Benno Ohnesorg im Zusammenhang mit Demonstrationen gegen den Schah von Persien in Berlin eine Studentenrevolte auslöste. +++ Die Firma Böhlinger wird von den Eigentümern, der Familie Engelhorn, für knapp 19 Mrd. DM an den Pharma-Riesen Hoffmann La Roche verkauft. +++ Die Auflösung der französischen Nationalversammlung durch Präsident Chirac führt nicht zur erhofften Stabilisierung der konservativen Mehrheit, sondern zum Wahlsieg der Linken unter Lionel Jospin. +++ Konflikte in der Koalition um die Schließung der Finanzierungslücken beim Haushalt. Die FDP lehnt weiterhin jede Steuererhöhung (etwa der Mineralölsteuer) und eine Verschiebung der Senkung des Solidaritätszuschlags ab. +++ Um die Maastricht-Kriterien für die europäische Währungsunion einhalten zu können, will Finanzminister Theo Waigel die Goldreserven der Bundesbank noch in diesem Jahr höher bewerten und den Buchgewinn vereinnahmen. Das Vorhaben einer solchen Form der Geldschöpfung führt zum Konflikt zwischen Bundesregierung und Bundesbank und beschädigt weltweit das Image der Regierung. +++ 50. Jahrestag des Marshall-Plans. +++ Bundeskanzler Kohl zu Besuch in den USA. +++ Nach der Zustimmung des Bundesrates kann das Gesetz, das Vergewaltigung auch in der Ehe unter Strafe stellt, in Kraft treten. +++ Am 1. Juli wird Hongkong nach 154 Jahren britischer Kolonialherrschaft an die VR China fallen.

# Wirtschaft ohne Sozialbindung? Fragen der Globalisierung

*Referat: Christoph Strawe*

*Zu dieser Thematik fand am 4. Mai 1997 ein Seminar der Initiative „Netzwerk Dreigliederung“ im Rudolf Steiner Haus Frankfurt statt. Das Seminar gliederte sich in die folgenden Arbeitsabschnitte: Globalisierung - der Verlust der gesellschaftlichen Hoheit (einleitendes Referat: Christoph Strawe); Regionale Gliederung und Organbildung in einer globalen Wirtschaft (einleitendes Referat: Prof. Harald Spehl) und: Die Sozialbindung des Eigentums als Grundlage einer Erneuerung der wirtschaftlichen Verhältnisse (einleitendes Referat: Udo Herrmannstorfer). Der folgende Versuch einer Zusammenfassung wesentlicher Gesichtspunkte folgt den Referaten in freier Weise, wobei Überschneidungen teilweise reduziert wurden. Einbezogen wurde zu Beginn auch ein Vortrag von Udo Herrmannstorfer, den dieser am 24. April ebenfalls in Frankfurt über das Thema „Globalisierung der Wirtschaft und Menschheitsorganismus“ gehalten hat. Anlaß war ein Treffen mit U. Herrmannstorfer und C. Strawe, zu dem die Anthroposophische Gesellschaft in Deutschland eingeladen hatte.*

# Globalisierung der Wirtschaft und Menschheitsorganismus<sup>1</sup>

## Globalisierung: Ich und Menschheit

Die Globalisierung ist eine Tatsache, die als solche nicht bekämpft werden kann. Global denken, heißt menschheitlich denken, Weltverantwortung empfinden. In diesem Sinne sympathisieren wir zunächst einmal zu Recht mit dem Begriff des Globalen, - unabhängig davon, wie problematisch die Formen sein mögen, in denen Globalisierung heute einher kommt.

Wir leben im „Freiheitszeitalter“, in dem sich der Mensch zunächst im Selbstbewußtseinspunkt erlebt. Die Wirklichkeit des Ich liegt aber in der Welt und in der Menschheit. So fordert der Freiheitsgedanke als Resonanz den Menschheitsgedanken. Es geht um eine Gleichgewichtsfrage: Das „Ich“ darf die Menschheit nicht schädigen, die Menschheitsentwicklung muß durch das Ich gehen.

Letztlich geht es also bei der Globalisierung, deren Träger das Wirtschaftsleben ist, um Fragen geistiger Entwicklung. Gerade deshalb wirkt die Distanz geistig interessierter Menschen zu Wirtschaftsfragen so verheerend. Das Wirtschaftsleben ist der natürliche Ort, wo sich das Ich mit seiner Selbstseinskraft selbstlos für andere einbringt: Denn Arbeitsteilung bedeutet, sich primär fragen zu müssen, was andere brauchen. Das Wirtschaftsleben ist von daher der Menschheitspol der Entwicklung, der eigentlich „gemeinnützige“ Bereich, während das Geistesleben den eigentlich „ichnützigen“ Bereich darstellt.

Wenn wir heute das Verhältnis gerade umgekehrt denken, dann hängt das damit zusammen, daß Wirtschaft heute in der Tat eine der Fremdversorgung widerstrebende Tendenz in sich hat. Diese Tendenz führt zur zunehmenden Beanspruchung der Gesellschaft durch die Wirtschaft, die sich zwar global entfaltet, aber damit das im Begriff der „Globalisierung“ verheißene Menschheitliche durchaus noch nicht realisiert. Spiegelbildlich hierzu zeigt sich auf der Freiheitsseite, daß die Beanspruchung der Freiheit eben noch nicht Freiheitsfähigkeit realisiert, noch nicht die inneren Bedingungen von Freiheit herstellt.

## Die Frage nach der Wirtschaftsordnung

Wirtschaft ist kein Naturhaftes. Die Frage nach dem Wirtschaftssystem ist eine Kulturfrage, denn wirtschaftliche Verhältnisse sind letztlich Ausfluß von Denk- und Verhaltensweisen von Menschen. Wir denken Wirtschaft heute als „Marktwirtschaft“ im Sinne der Theorie von A. Smith. Unterstellt wird hierbei das Selbstinteresse als einziges Motiv. Dadurch wird Arbeitsteilung nur ein Umweg zum - selbstversorgerisch betrachteten - eigenen Einkommen. Das egoistisch Gewollte wird durch die

Konkurrenz sozialisiert. Insofern nimmt die Konkurrenz dem einzelnen Sozialität als Verhaltensweise ab. Konkurrenz wirkt wie ein juristisches Verfahren ausgleichender - nicht austeilender - Gerechtigkeit. Im Hinblick auf den „Erfolg“ dieses Verfahrens hat man seine Problematik verdrängt.

Wir kennen heute nicht nur Güter- und Leistungsmärkte, auch Boden, Arbeit und Kapital betrachten wir heute als Waren, deren Preis sich auf dem Markt konkurrenzhaft durch Angebot und Nachfrage herausbildet. Es wird unterstellt, auf diese Weise werde das Problem der „Allokation“ der Produktionsfaktoren am besten gelöst.

## Etappen der Globalisierung

Im Zusammenhang mit dem Ende des Zweiten Weltkriegs entstanden vor allem auf amerikanische Initiative hin Instrumente einer globalen Vernetzung von Ökonomie. An die Stelle des Austauschs zwischen - noch relativ abgekapselten - Volkswirtschaften sollte eine Weltökonomie treten, eine Frage, die zugleich mit der Umstellung der Kriegswirtschaft auf eine Friedensproduktion verbunden war.

1944 entstand mit dem System von Bretton Woods eine neue internationale Währungsordnung, 1947 das internationale Zoll- und Handelsabkommen GATT. Einreißen der Grenzen und Kampf der Protektion (deren klassisches Instrument ja die Zölle waren) lauteten die Losungen. Dabei wurde nur zu gern vergessen, daß die Länder, die diese Losungen am lautesten intonierten, selbst hinter Protektionsmauern groß geworden waren. So hatte die USA bis 1916/17 keine Einkommensteuer, der Staat lebte von Zöllen.

Protektion im Sinne von Hüllenbildung für sich erst Entwickelndes ist ein allgemeines Erfordernis des Lebens. Beseitigung der Protektion würde allenfalls für die Starken Sinn machen, die des Schutzes nicht mehr bedürfen. Als allgemeine Lösung muß der Abbau jeder Protektion zur Benachteiligung der Schwächeren führen. Die Schwächeren waren die Länder, die sich aus kolonialer Abhängigkeit befreit hatten und nun in die Rolle von „Entwicklungsländern“ gerieten.

Diese Länder waren arm - im Gegensatz zu den Industriestaaten, zu deren Reichtum im übrigen die Ausbeutung der „Dritten Welt“ mit beigetragen hatte. Die Menschen verfügten über wenige ökonomisch verwertbare Qualifikationen, es herrschte Mangel an know how und Kapital. Der einzige Reichtum bestand in Rohstoffen und Energieträgern. Wohlstand, Qualifikationen, Forschung, Maschinerie, Technik, Kapital, know how konzentrierten sich dagegen bei den reichen Ländern.

Diese Mangelsituation führte zu einem immer größer werdenden Ungleichgewicht in den Terms of Trade: Für die natürlichen Reichtümer der „Drittweltländer“ konnte immer weniger eingetauscht werden.

Kredite, welche die Entwicklung dieser Länder fördern sollten, führten zu einer wachsenden Schuldenlast (in den 70er Jahren sichtbar werdende Schuldenkrise der „Entwicklungsländer“) und damit zu weiteren Ungleich-

<sup>1</sup> Referat des Vortrags von U. Herrmannstorfer.

gewichten.<sup>2</sup> Teilweise sind diese Schulden heute abgeschrieben, häufig allerdings wurde dabei nach dem Motto verfahren: Gewinne privatisieren, Verluste sozialisieren.

Immerhin sind auf diese Weise nicht nur Industrieprodukte in die Länder der „Dritten Welt“ exportiert worden, sondern auch Maschinen und Fabriken, Ausbildung und know how.

### **Aufgelaufener Korrekturbedarf**

Während früher der Geldfluß um den Globus im wesentlichen ein Gegenstrom zu den Warenflüssen war, sind heute über 95% der weltweiten Geldbewegungen durch Aussicht auf Wechselkursgewinne und günstige Geldanlagemöglichkeiten bedingt. „Die Geldwirtschaft wedelt mit der Realwirtschaft wie der Hund mit dem Schwanz“, formulierte jüngst ein Witzbold. Die Wechselkurse sind daher nicht mehr Ausdruck der Warenströme, sondern wirken vielmehr entscheidend auf die Warenströme zurück. Dies verändert die weltweiten Wirtschaftsverhältnisse. „Schwellenländer“ locken z.B. mit märchenhaften Zinsen, die zwar die Binnenwirtschaft extrem belasten, aber dennoch einen gewissen Kapitalfluß bewirken.

1995 haben wir als Ergebnis der Uruguay-Runde des GATT die World Trade Organisation (WTO) bekommen. Das ist mehr als ein bloßes Abkommen. Geregelt wird nicht nur der Warenfluß, sondern auch Dienstleistungen und der Fluß des know how (Schutz vor Produktpiraterie, Patentschutz usw.). Die WTO ist eine Organisation, bei der notfalls bestimmte wirtschaftliche Verhaltensweisen eingeklagt werden können. So unterlag kürzlich die Europäische Gemeinschaft im sogenannten Bananestreit den amerikanischen Food-Multis.<sup>3</sup>

In Folge aller geschilderten Entwicklungen hat sich heute eine völlig neue Situation herausgebildet: Fabriken, Maschinerie gibt es fast überall auf der Welt, ebenso qualifizierte Menschen. Damit gehen bisherige Standortvorteile der reichen Länder immer mehr verloren, auch wenn Bildungsniveau und Infrastruktur noch eine Rolle spielen. Immer mehr wird der einzige Vergleichsparameter das Lohnniveau. Da immer mehr Unternehmen die reale Möglichkeit haben, den Standort im Sinne der jeweils günstigsten Bedingungen zu wählen, kommt es zu einer erbitterten Konkurrenz auf der Einkommensebene. Nach einer Studie der UNCTAD drängen in den nächsten Jahren 1,2 Mrd. Menschen auf den internationalen Arbeitsmarkt - zu ca. 20% unserer Lohnkosten.

Man sieht, wo das hinführt: Wenn ein Programmierer in Indien nur ¼ soviel kostet wie in der BRD, dann lassen eben viele Unternehmen ihre Software lieber in Indien

programmieren. Vor zwei Jahren war Tschechien noch der große Modestandort. Heute wird es vielen dort schon wieder zu teuer. Das Kapital zieht so nomadenhaft von Standort zu Standort.

Die Löhne sind Ausdruck jeweiliger Lebens- und Arbeitsbedingungen. Unsere Lebensbedingungen prallen plötzlich unmittelbar mit denen anderer Regionen dieser Erde zusammen. Insofern ist die Rede vom „Lohn-Dumping“ unberechtigt. Vielmehr kommen wir mit unserem Lebensstandard und unserer Leistungsfähigkeit in weltweite Vergleichbarkeit. Wir haben nicht nach der Entwicklung anderer gefragt. Dadurch ist ein Korrekturbedarf aufgelaufen, der nicht mehr verdeckt werden kann.

Die Staudämme sind beseitigt, ein reißender Strom entsteht. Das soziale Chaos, das durch unsere Bewußtlosigkeit in bezug auf die Organisation weltweiter Versorgungsgleichgewichte („Brüderlichkeitsdefizit“) entstanden ist, wird in ebenfalls bewußtloser Weise chaotisch aufgelöst, um einer neuen Form des Chaos Platz zu machen.

Weltweit entsteht eine Konkurrenz der Staaten miteinander um die besten Anlagemöglichkeiten für das Kapital. Bei wachsender Produktivität und gleichzeitig wachsendem Druck auf die Arbeitsmärkte verschärft sich das Problem der Arbeitslosigkeit dramatisch: Keiner, nicht einmal die Gewerkschaften, kommt an Rationalisierungen vorbei.

Wirtschaft wird so erlebt als Feld eines ungeheuren Sachzwangs, der den Wirtschaftsverantwortlichen ein Verhalten aufzwingt, das sie aus freien Stücken niemals an den Tag legen würden (wer freut sich schon über Entlassungen, wer würde nicht „eigentlich“ lieber das Gegenteil tun, nämlich Arbeitsplätze schaffen?). Diese Art des Wirtschaftens läßt offensichtlich keine freie Bestimmung des Handelns zu, führt zur Dominierung durch Kräfte, die nicht gestaltungsfähig sind. Das kann aber unmöglich zeitgemäß sein, denn unsere Zeit erfordert zunehmende Gestaltung der Verhältnisse durch die Menschen selber.

Wie werden wir überhaupt wieder gestaltungsfähig? - Vollbeschäftigung durch erneutes Wachstum wird zur Chimäre, wo die Erde zum geschlossenen Wirtschaftsgebiet geworden ist. Vielmehr werden wir Formen finden müssen, die durch die Produktivitätsentwicklung gewonnenen Freiräume gesellschaftlich zu aktivieren, indem wir Produktivität so umverteilen, daß sie eingesetzt werden kann für notwendig zu lösende Aufgaben, die gegenwärtig nicht bezahlt werden können.

<sup>2</sup> Da diese Kredite als riskant galten, lagen die internationalen Zinssätze teilweise bei 12-14%.

<sup>3</sup> Das WTO-Schiedsgericht entschied, daß die EU mit ihrer Bananenmarktordnung die amerikanischen Fruchtmultis benachteiligt und die kleinen Produzenten aus Afrika, der Karibik und dem pazifischen Raum bevorzugt habe. Im Gefolge des Genfer Urteils ist zu erwarten, daß die ohnehin schwache Konkurrenz aus den kleinen Ländern vom Markt gefegt wird. (Vgl. Stuttgarter Zeitung vom 2.5.97, S. 13.)

## Eigentumsverhältnisse als Fessel der Entwicklung

Die Schwierigkeit für derartige Entwicklungen liegt darin, daß Rationalisierungsergebnisse den Kapitaleignern zugute kommen, ohne daß diese an den Kosten der Arbeitslosigkeit partizipieren müßten. Das Problem ist unsere Eigentumsordnung, die - obwohl Unternehmen doch Zusammenarbeitsgemeinschaften sind - allein die Kapitaleigner zu Eigentümern macht. Unter diesen Bedingungen wird aller Überschuß zur Verzinsung des Kapitals. Der shareholder value wird immer mehr zur Achse der Ökonomie. (Diese Gesichtspunkte werden im Teil „Sozialbindung des Eigentums“ noch näher ausgeführt.)

Geld vagabundiert um die Welt, von Geldillusionen bewegt, auf der Jagd nach Wechselkursgewinnen und Wertpapiergeschäften. Aber Geld muß altern, wenn es sich nicht bindet. Die sich nominal immer vermehrende Geldmenge ist ein Wucherungsphänomen, eine Zerstörung gestaltender Formkräfte.

Die gesellschaftlichen Instrumente greifen unter diesen Bedingungen nicht mehr, gesellschaftliche Institutionen werden erpreßbar. Staaten, nicht mehr nur einzelne Menschen, fühlen sich ohnmächtig. Überall schwingt sich eine einseitig verstandene Ökonomie zum Herrn über das Leben auf: Kultur? - Ein Kostenproblem! Soziales? - Ein Kostenproblem! Die Menschen? - Ein Kostenproblem! - Was können wir uns noch leisten? Nur, was der Wirtschaft, was der Standortsicherung dient: den Computer in der Schule zum Beispiel.

Müssen wir auf alle Zeit auf Handlungsfähigkeit verzichten und uns den genannten „Sachzwängen“ beugen? Was ist zu tun, um der „Globalisierungsfalle“<sup>4</sup> zu entkommen? Die Autoren des viel zitierten Buchs mit dem gleichnamigen Titel bieten nach 300 Seiten - teilweise brillanter - Analyse auf vier Seiten zehn Ideen an, die von einer europäischen Luxussteuer bis zur Demokratisierung der europäischen Institutionen reichen.

Aber haben uns die politischen Instrumentarien nicht erst in die Schwierigkeiten hineingeführt, die man jetzt durch Vergrößerung derselben Instrumente auf europäisches Maß beheben will? - Die traditionelle Frage, was denn die Staaten machen müßten, muß ergänzt werden durch die andere, was sie zu unterlassen hätten, damit sozialer Fortschritt zustande kommen kann. Unterlassen müssen sie sicherlich jede Form der Behinderung neuer assoziativer Formen des Wirtschaftens.

<sup>4</sup> Hans-Peter Martin, Harald Schumann: Die Globalisierungsfalle. Der Angriff auf Demokratie und Wohlstand. Reinbek 1996.

## Globalisierung - der Verlust der gesellschaftlichen Hoheit<sup>5</sup>

Das Schlagwort von der Globalisierung ist in aller Munde. Auch der letzte kann nicht mehr übersehen, daß von ihr dramatische Veränderungen für unsere Arbeits- und Lebensverhältnisse ausgehen.

High-Tech-Kommunikation, niedrige Transportkosten und grenzenloser Freihandel lassen die Welt zu einem einzigen Markt verschmelzen und führen zu härtester globaler Konkurrenz, auch auf dem sogenannten Arbeitsmarkt. Diese Konkurrenz in Verbindung mit der Steigerung der Arbeitsproduktivität und der Entwicklung der Erde zu einem „geschlossenen Wirtschaftsgebiet“ führen bereits zu der Zukunftsvision einer „20:80-Gesellschaft“: 20% der Weltbevölkerung reichen demnach aus, um die Wirtschaft in Schwung zu halten; für den Rest der Menschheit halten gewisse „Vordenker“ das Rezept des „Tittytainment“ - eine Mischung aus Grundversorgung mit Nahrungsmitteln und billiger Unterhaltung - bereit.<sup>6</sup>

Auch diejenigen, die so weit nicht gehen wollen, sondern immer noch an die längerfristig gegebene Möglichkeit glauben, Vollbeschäftigung durch Wachstum herzustellen, haben längst akzeptiert, daß es um die Alternative „Fressen oder gefressen werden geht“. Sozialdarwinistische Konzepte finden - in offener oder verdeckter Form - immer stärkere Resonanz. Nicht umsonst spielt in der sogenannten Standortdebatte das Wort vom „Fitmachen“ eine so große Rolle: Survival of the fittest - das ist Darwinismus pur. Für Sentimentalitäten ist da kein Platz mehr. Die Frage, wieviel soziale Sicherheit wir uns leisten *wollen*, wird verdrängt durch die kaum noch kritisierbare These, daß wir uns aus Überlebensgründen den Sozialstaat im bisherigen Stil nicht mehr leisten *können*. Zugleich wird die Forderung nach sozialem Engagement der Unternehmen in Hinblick auf den globalen Wettbewerbsdruck für unzumutbar erklärt. Der „Arbeitsplatzverlagerung“ sei nur beizukommen, wenn Steuern, Lohn- und Lohnnebenkosten sinken. Einkommensverzicht wird gefordert, Sparpakete aufgelegt, während sich gleichzeitig immer neue Finanzlöcher auftun. Diese zu stopfen wird immer schwieriger, weil die Maastricht-Kriterien den Handlungsraum des Staates zusätzlich einschränken, die Einführung des Euro auf der anderen Seite aber als einer jener notwendigen Schritte betrachtet wird, die dazu dienen sollen, die Wirtschaft für den globalen Wettbewerb „fit“ zu machen.

40.000 transnationale Unternehmen aller Größenordnungen (d.h. Unternehmen, die in mehr als drei Staaten Betriebsstätten unterhalten) spielen inzwischen als global players die Staaten gegeneinander aus. Die Steuern auf Kapitalerträge sind in Deutschland zu hoch? Kein Problem, in Irland betragen sie 10%, in Malaysia 0%. Die Facharbeiterstunde in Deutschland ist mit 45,- DM zu

<sup>5</sup> Autoreferat.

<sup>6</sup> Vgl. das erste Kapitel von „Die Globalisierungsfalle“.

teuer? Kein Problem, in Großbritannien kostet sie nur die Hälfte. Gewinne werden generell nur noch in Ländern mit niedrigem Steuersatz ausgewiesen. Wie die alten Nomaden zieht die Produzentenkarawane um den Globus, um dort zu grasen, wo es am üppigsten grünt. Wenn kein Gras mehr wächst, kann man immer noch weiterziehen.

Die gnadenlose Konkurrenz der Staaten um Investitionen führt in bezug auf die Rolle der Nationalstaaten zu einer gänzlich neuartigen Situation. War bisher der Staat als hoheitliche Macht Repräsentant des Allgemeinwohls, der „Gesellschaft“, gegenüber den wirtschaftlichen Partikularinteressen, so wird er heute zu deren Büttel. War er bisher eine Instanz, die diesen Partikularinteressen Grenzen zu setzen vermochte, so wird er heute von diesen in seiner Handlungsfähigkeit selber zunehmend begrenzt. Die Ökonomie übernimmt damit endgültig die Macht in der Gesellschaft, „gesellschaftliche Hoheit“ im Sinne einer Einbindung der Ökonomie in einen Sozialkontext, der nicht bloß ökonomisch definiert wurde, geht verloren. Das Stichwort von der „Globalisierungsfalle“, in der die Nationalstaaten und damit das demokratische System sitzen, beleuchtet diese Lage.

Wenn hier von „Wirtschaft“ die Rede ist, dann darf die Frage der Wirtschaftsordnung nicht verdrängt werden: Die sogenannten wirtschaftlichen Sachzwänge, denen wir unterworfen sind, sind nicht solche von Wirtschaft schlechthin, sondern ergeben sich aus der Art und Weise des Wirtschaftens. Insofern ist bei der Globalisierung zu unterscheiden zwischen Inhalt und durch das Wirtschaftssystem bedingter Form, in der sie sich vollzieht.

In dem, was heute Globalisierung genannt wird, spiegelt sich die Tatsache wider, daß die Wirtschaft sich von der ländlichen Privatwirtschaft und der Selbstversorgung her über die Volkswirtschaft und den Weltverkehr hin endgültig zur Weltwirtschaft entwickelt hat, ein Netzwerk von Arbeitsteilung und Zusammenarbeit von menschheitlichen Dimensionen geworden ist, ein Trend, der sich auch in der Entwicklung übergreifender Wirtschaftszonen wie dem EU-Binnenmarkt und der amerikanischen Freihandelszone zeigt.

Die Erde ist zu einem Wirtschaftsorganismus zusammengewachsen, in dem wir prinzipiell nicht für uns selber, sondern - in der Arbeitsteilung - für andere tätig sind. Dies erfordert eine bewußte Gestaltung dieses Füreinander-Tätigseins durch die Entwicklung von Verständigungsorganen der Wirtschaftspartner, die z.B. die Frage fairer Preisgestaltung zum Thema machen. Nicht ein Gott oder ein sittliches Gesetz, sondern die moderne Arbeitsteilung, so R. Steiner, erfordere den Altruismus, d.h. die Überwindung des Selbstversorgungsdenkens.<sup>7</sup>

An den gegenwärtigen Problemen zeigen sich nun mit aller Deutlichkeit die Folgen der Tatsache, daß bisher solche Organe des Wirtschaftslebens nicht ausgebildet wurden. Der Prozeß der Globalisierung vollzieht sich „unter Marktbedingungen“. „Markt“ im Sinne der herr-

schenden und das Verhalten der wirtschaftlichen Akteure prägenden Wirtschaftslehre ist aber keineswegs ein „neutrales Koordinationsinstrument“, sondern ein Mechanismus, der einerseits das „Selbstinteresse“, den Egoismus, als einzige Antriebskraft wirtschaftlicher Tätigkeit stimulieren, andererseits seine Folgen durch die Konkurrenz sozialisieren soll. Das ist das Modell der über die Konkurrenz wirkenden „unsichtbaren Hand“, die ohne die Entwicklung von Sozialfähigkeit und Bewußtheit der Menschen hinter deren Rücken soziale Verhältnisse und Wohlstand schaffen soll.

Globalisierung inhaltlich betrachtet, als Herstellung weltweiter Arbeitsteilung und Zusammenarbeit, erfordert nun aber gerade die bewußte Durchdringung der ökonomischen Prozesse durch die wirtschaftenden Menschen selber. Sie führt zu der Notwendigkeit, den ökonomischen Prozeß unter menschliche Kontrolle zu bringen, statt daß die Menschen von ihm wie von einer blinden Macht beherrscht werden.

Die bisherige Form der Herstellung gesellschaftlicher Hoheit durch den Staat erweist sich als unfähig, dies zu erreichen.

### **Herausbildung des Sozialstaats - Begrenzung der Wirtschaft durch das Recht**

Nachdem sich im 19. Jahrhundert gezeigt hatte, daß die Marktkräfte nicht durch sich selbst allgemeinen Wohlstand und soziale Sicherheit produzierten, wurde - auch unter dem Druck der internationalen Arbeiterbewegung - der Staat herbeigerufen, um bestimmte Schäden der Marktwirtschaft auszugleichen. Auf diese Weise ist - seit den Bismarckschen Sozialreformen - ein immer voluminöserer Sozial- und Wohlfahrtsstaat entstanden.

Dieses Modell des Sozialstaats konnte aber nur solange einigermaßen wirken, als das Wirtschaftsleben noch ein gutes Stück weit in staatliche Grenzen eingebunden war, Weltwirtschaft noch internationale Wirtschaft, d.h. noch weitgehend Handel, Wandel und Verkehr zwischen „Volkswirtschaften“ war. Schon lange zeigte sich allerdings, daß staatliche Grenzen für die moderne Wirtschaft eine Behinderung darstellten. Die Verquickung zwischen wirtschaftlicher Potenz und staatlichen Machtambitionen stellte eine wesentliche Ursache für die kriegsrischen Katastrophen dieses Jahrhunderts dar. Insbesondere nach dem Zweiten Weltkrieg entwickelten sich daher mannigfache Bestrebungen, diese Behinderungen zu beseitigen.

Das damit verbundene Grundproblem wurde lange Zeit durch mehrere Faktoren verdeckt: Die enorm wachsende Produktivität führte zunächst zu erheblichen Verteilungsspielräumen. Unter den Bedingungen eines harten Systemkonflikts der westlichen Staaten mit dem Lager des „real existierenden Sozialismus“, bei dem Wohlstandsniveau und soziale Sicherheit eine entscheidende Rolle spielten, kam es zu einer erheblichen Steigerung des Lebensstandards breiter Bevölkerungsschichten. Der „häßliche Kapitalismus“ schien durch eine Wohlstandsgesellschaft abgelöst.

<sup>7</sup> Vgl. Nationalökonomischer Kurs, 3. Vortrag, 26. Juli 1922, GA 340.

Inzwischen ist eine grundlegende Änderung eingetreten. Das Experiment einer sozialistischen Staatswirtschaft ist gescheitert, die Mauern sind gefallen. Mit diesen Mauern entfielen aber auch die Hemmungen für einen von den global players praktizierten „Turbokapitalismus“. Der Zusammenbruch des Sozialismus führte zu einem Boom eines Neoliberalismus, der die simple Formel vom guten Markt und vom bösen Staat propagiert. „Privatisierung“ und „Deregulierung“ sind angesagt.

In dieser Situation werden wir von dem Grundproblem eingeholt, das aus der Freisprechung der Wirtschaft von sozialer Verantwortung und der Delegation der sozialen Frage an den Staat resultiert: Wo die Dimensionen des modernen Wirtschaftslebens den Rahmen der aus der Vergangenheit überkommenen Rechtsgemeinschaften sprengen, muß das traditionelle Instrumentarium des sozialen Schutzes, das immer mit der Begrenzung der Wirtschaft durch das Recht zu tun hatte, versagen.

Die skizzierte Entwicklung hat sich nicht im Selbstlauf vollzogen, sondern wurde unter der Devise „Kampf dem Protektionismus“ massiv vorangetrieben (IWF, GATT, WTO), wobei heute gern vergessen wird, daß nicht nur die USA, sondern auch Länder wie Japan, die asiatischen „Tigerstaaten“, Malaysia durch konsequenten Protektionismus erst groß geworden sind. Die Folgen dieses „Kampfes gegen die Protektion“, die Entwicklung der „terms of trade“, der Schuldenkrise und der Entwicklung neuer, aufgrund ihres Lohnniveaus „attraktiverer“ Industriestandorte wurden weiter oben im Referat des Vortrags von U. Herrmannstorfer geschildert und müssen deshalb hier nicht weiter ausgeführt werden. Das gleiche gilt für ein anderes Element der Globalisierung, das zum Verlust traditioneller Formen gesellschaftlicher Hoheit führt, der Entwicklung der weltweiten Geldmärkte. (Seit 1985 haben sich die Umsätze im internationalen Devisen- und Wertpapierhandel mehr als verzehnfacht. An einem durchschnittlichen Handelstag werden 1,5 Bio. Dollar umgesetzt. Dies hängt auch damit zusammen, daß die elektronische Vernetzung die Kursdaten aller Börsenplätze der Welt verfügbar macht und den Geldfluß mit der Geschwindigkeit des Gedankens vonstatten gehen läßt.) In dieser internationalen Spielhölle werden immer neue und immer weiter von der Realwirtschaft abgekoppelte Anlageformen kreiert, wobei dieses Monopoly leider nicht mit Spielgeld betrieben wird. Für die Banken wird unter diesen Bedingungen die Verwaltung von Spargeldern und die klassische Kreditvergabe nebensächlich.<sup>8</sup> So drängen die deutschen „Kreditinstitute“ die Sparer ins Aktiengeschäft und auch kleinere Unternehmen an die Börse. Man träumt von amerikanischen Verhältnissen, wo Millionen Haushalte als Kleinaktionäre an der Börse mitzocken.

Um das Kapital bei Laune und im Lande zu halten, entlasten wir es immer stärker, während wir Arbeitseinkommen immer stärker belasten. Zu welchen Folgen die Währungsspekulation führt, wurde z.B. 1995 an der sogenannten „Peso-Krise“ deutlich: Eine Abwertung des

mexikanischen Peso drohte eine Kettenreaktion auszulösen, da Anleger 50 Mrd. Dollar in mexikanischen Staatsanleihen investiert hatten. In einer beispiellosen konzentrierten Aktion (der größten internationalen Finanzaktion seit dem Marshall-Plan) zwischen dem IWF, der BIZ (Bank für internationalen Zahlungsausgleich) und den USA wurden faktisch die Anleger, die sich verspekuliert hatten, freigekauft. Der geschäftsführende Direktor des IWF, Michel Camdessus, sagte damals, natürlich habe der Milliardenkredit für Mexiko den Spekulanten genutzt. Aber die Welt liege nun einmal „in den Händen dieser Burschen“.<sup>9</sup>

Die heutige Form der Globalisierung führt über systemhaft wirkende Zwangsmechanismen der Konkurrenz; der erstrebte „Weltmarkt“ ist ein automatenhaftes Gebilde. Einkommen und soziale Sicherheit erscheinen als bloße Kostenfaktoren und „Belastung“ der Wirtschaft, für die damit ihre eigentlichen Aufgabe, die Versorgung aller Menschen zu sichern, immer mehr zu einer zweit-rangigen Frage wird.

Diese Schattenseiten der Globalisierung zu sehen, bedeutet nicht, die Notwendigkeit der weltweiten wirtschaftlichen Zusammenarbeit und Arbeitsteilung zu negieren. Im Gegenteil: Gerade in der Herausbildung der Weltwirtschaft liegt die Aufgabe, eine neue Form der Ökonomie zu entwickeln, welche die soziale Verantwortung nicht länger an die Staaten delegiert, sondern als ureigenste Aufgabe der Wirtschaft selbst begreift. Das ist ein langer Weg, gewiß. Aber er ist der einzig mögliche. Denn Weltwirtschaft, d.h. Menschheitswirtschaft, vom Standpunkt des Egoismus aus betreiben zu wollen, ist ein Widerspruch in sich.

Die Gestaltung des weltweiten Füreinander-Tätigseins kann nicht durch ein komplexes System von Marktautomatismen ersetzt werden. Sie muß vielmehr von der Einsicht ausgehen, daß die Gesellschaft ein Lebewidiges, ein Organismus ist. Wenn wir die Erde als wirtschaftlichen Organismus sehen, ergeben sich zwei Konsequenzen, die an dieser Stelle nur angedeutet werden können, nämlich Organbildung und Gliederung (ein Organismus ist eine in sich gegliederte Ganzheit!). Die erste Konsequenz läuft auf die bereits genannte Frage nach assoziativen Organen der Verständigung und des Interessenausgleichs zwischen den Wirtschaftspartnern hinaus.

Weltwirtschaft ist ein Ganzes, das sich in wirtschaftliche Regionen gliedert.<sup>10</sup> Für die Befürworter des abstrakten Weltmarkts ist die Bestandssicherung von Regionen als Lebensräumen keine Zielgröße des Wirtschaftens. Aber Lebensräume kann man nicht einfach stilllegen,

<sup>9</sup> Die Globalisierungsfalle, S. 79. Der ehemalige amerikanische Arbeitsminister Robert Reich äußert sich über den Einfluß der Wallstreet auf die amerikanische Politik wie folgt: „Niemand zuvor in der Geschichte der Menschheit haben die Empfindungen einer Straße soviel Durchsetzungskraft gehabt. Unsere Urahnen sorgten sich einst um die Launen des Himmels, der Berge, des Meeres und der Wälder. Wir versuchen, eine Straße zufriedenzustellen.“ (Zitiert nach: „Clintons ‚bolschewistischer Zwerg‘“. In: Der Spiegel, Nr. 18, vom 28.4.1997, S. 163).

<sup>10</sup> Vgl. „Regionale Selbstverwaltung - von der Idee zur Wirklichkeit“. In: Rundbrief „Dreigliederung des sozialen Organismus“, Heft 2/96.

<sup>8</sup> Die Deutsche Bank verdient ca. 1 Mrd. DM jährlich mit Derivatgeschäften.



wenn die Renditen nicht mehr stimmen! Regionalismus bedeutet nicht Autarkie und Abschottung. Er bedeutet jedoch das gezielte Bemühen um die Herstellung und Erhaltung ökonomischer Lebensfähigkeit, um die Entwicklung von Schutzräumen durch assoziative Verständigung, nicht mehr durch staatliche Schutzzölle.

Beide Gesichtspunkte - Organbildung und regionale Gliederung - verweben sich dadurch, daß assoziative Organbildungen ihre „natürlichen“ Ansatzpunkte in der Branche und der Region haben.

### **Handlungsräume in einer globalen Wirtschaft**

Ein Dilemma der gegenwärtigen Debatte über die Globalisierung besteht darin, daß selbst kritische Geister kaum ein Verständnis für die mit ihr verbundene Notwendigkeit einer Umgestaltung der Wirtschaft selbst sehen. Wo nach Alternativen gesucht wird, sucht man sie in einer neuen Politik, während man doch gleichzeitig das Stumpfwerden der Instrumentarien der Staaten konstatiert.

Wer primär auf den Staat setzt, wird aber auf Staatsbildungen hinarbeiten müssen, die von ihrer Größenordnung her den Dimensionen der Weltwirtschaft entsprechen, d.h. für supranationale Staatsgebilde, letztlich auf eine Weltregierung.

Die Autoren der „Globalisierungsfalle“ setzen einstweilen ihre Hoffnung auf Europa. Sich diesen Ansätzen gegenüber skeptisch zu verhalten, bedeutet nicht, die Rolle der Politik gänzlich zu negieren. Ansatzpunkte liegen z.B. im Steuerwesen. Ein sinnvolles Modell ist die Einführung einer Umsatzsteuer (von beispielsweise 1%) auf Devisenhandel, die sogenannte Tobin-Tax, zur Dämpfung der Spekulation und zur Mittelgewinnung für soziale Aufgaben.

Der entscheidende Ansatzpunkt liegt aber, wie bereits gesagt, im Wirtschaftsleben selbst. Für die Zukunft ist mit einer derartigen Zunahme des Problemdrucks zu rechnen, daß heute noch als utopisch abgefertigte Konzepte in Zukunft wohl mindestens diskussionswürdig erscheinen werden. Eine entscheidende Frage ist dabei der Umgang mit dem Phänomen der Arbeitslosigkeit.

Die Dynamik des Turbokapitalismus führt vielfach zu dem Eindruck, es gäbe hier und heute keine Ansatzpunkte des Handelns. Der Ausstieg aus den globalen Netzen wird propagiert, der Rückzug auf Inseln eines freien Geisteslebens (deren wirtschaftliche Bestandssicherung nebelhaft bleibt).

Dies würde aber den Rückzug aus der Verantwortung bedeuten. Es gibt genügend Beispiele, wie sich - wenn auch anfänglich und unvollkommen - weltweite Netzwerke einer anderen Art des Wirtschaftens bilden können. Ein Beispiel ist das Maikaal-Projekt zur Vermarktung biologisch-dynamisch hergestellter indischer Baumwolle in Europa. Ein anderes sind die sich verdichtenden Beziehungen der SEKEM-Initiative in Ägypten mit europäischen Partnern im Rahmen des Verbundes Freie Unter-

nehmensinitiativen.<sup>11</sup> Auch das Engagement der Bochumer Banken für Projekte in Rußland und in der „Dritten Welt“ darf hier erwähnt werden. Die „Fair-Trade-Bewegung“, das Wachwerden der Verbraucher für ökologische Fragen, all das sind Keime für eine Wandlung der weltweiten wirtschaftlichen Verhältnisse.

## **Regionale Gliederung und Organbildung in einer globalen Wirtschaft<sup>12</sup>**

Die klassische Ökonomie kannte die Theorie der „komparativen Kosten“. Relative Kostenvorteile machen internationale Arbeitsteilung und Handel sinnvoll, diese führen zu wachsendem Wohlstand. Unterstellt wurde dabei, daß nur die Waren sich bewegen, die Unternehmen aber im Lande bleiben und sich Handel zwischen Volkswirtschaften abspielt.<sup>13</sup> Das ist aber heute nicht mehr der Fall. Die Politiker, die von „Volkswirtschaft“ sprechen, sitzen einer Illusion auf. Durch den europäischen Binnenmarkt, die WTO usw. werden die Hemmnisse in bezug auf den freien Fluß der Produktionsfaktoren Kapital und Arbeit beseitigt.

Die Globalisierung in ihrer heutigen Form ist keine Naturgesetzlichkeit. Sie ist von Menschen „angezettelt“ worden, wobei die Versprechung gemacht wurde, daß es nach der Beseitigung aller Schranken allen besser gehen werde. Heute ist im wesentlichen von den Opfern die Rede, die unter den Bedingungen der Globalisierung gebracht werden müßten. Gleichen wir dem Zauberlehrling, der die Geister, die er rief, nicht mehr los wird? Rich-ten wir uns mit der gegenwärtigen Form der Globalisierung zugrunde?

11 Vgl. die Darstellung dieser beiden Initiativen in Heft 12/96 der Zeitschrift „die Drei“.

12 Referat des Beitrags von Harald Spehl.

13 Das klassische Beispiel von David Ricardo: Wenn England und Portugal Wein und Tuch herstellen und das Verhältnis der Produktionskosten in beiden Ländern bei Tuch 1:1,2, bei Wein 1:0,8 beträgt, ergibt sich ein Vorteil, wenn sich England auf Tuch und Portugal auf Wein spezialisiert. (Vgl. „Die Globalisierungsfalle“, S. 155 f.)

## Folgen der Globalisierung

Was sind die Folgen dieser Globalisierung?

- Die weltweite Konkurrenz verschärft sich, auch wenn dieser Konkurrenzdruck keineswegs auf alle Teile der einheimischen Wirtschaft in gleicher Weise wirkt (in der Textilbranche sieht es anders aus als in der Baubranche usw.).

- Nicht nur Waren konkurrieren gegeneinander, sondern „Standorte“. Damit agieren Nationalstaaten als Akteure im internationalen Wettbewerb und versuchen, den jeweiligen Standort „fit zu machen“ für die Zukunft. Ökologische und soziale Standards können - da sie „Standortnachteile“ darstellen - nur schwer umgesetzt werden.

- Das Geld löst sich ab von der wirtschaftlichen Real-sphäre. Mit Geldanlagen werden höhere Renditen als in der Realwirtschaft erzielt. In der Tendenz bilden sich „Fonds von Optionen von Optionen auf Optionen.“ Die möglichen Renditen steigen dabei mit dem Risiko. Schon werden „Junk bonds“ (nicht börsenfähige „Wegwerfaktien“) gehandelt (50% Rendite ist möglich, der Totalverlust nicht unwahrscheinlich).

- Die Transportkosten werden - auch aufgrund der steuerlichen Behandlung - so niedrig, daß ein Wettbewerbsdruck entsteht, der alle lokalen und regionalen Barrieren beseitigt. Dabei sagen die Transportpreise nicht die ökologische Wahrheit. So können sich ökologisch sinnlose Transporte von Lebensmitteln ökonomisch nach wie vor „rechnen“. Tankerunglücke sind eben auch bedingt durch die Konkurrenzverhältnisse auf dem Transportsektor. Die High-Tech-Kommunikation, die ebenfalls immer billiger wird, hilft ebenfalls mit bei der Beseitigung lokaler und regionaler Beschränkungen, z.B. für die Ansiedlung von Unternehmen.

- Es entsteht massiver Druck in Richtung auf die Durchsetzung eines immer kurzfristigeren Zeithorizonts im Wirtschaftsleben. Im Geldbereich operieren wir heute bereits mit Tagesbilanzen. Menschen mit immer kürzeren Verantwortungsperioden fällen Entscheidungen von immer langfristigerer Bedeutung.

## Umsteuern als Überlebensfrage - Ökonomie und Ökologie

Die herrschende Theorie stammt aus den Zeiten der Industrialisierung. Die Schonung natürlicher Ressourcen war damals kein Thema. Wirtschaft wurde isoliert, nicht als Teil eines größeren Ganzen betrachtet. Inzwischen beginnt sich eine Korrekturbewegung ökologischer Ökonomie zu entwickeln, die einen Paradigmenwechsel fordert und, auch angesichts wachsender Weltbevölkerung, die Notwendigkeit eines Umsteuerns als Überlebensfrage für die Menschheit akzentuiert. Viele Ökonomen verlassen sich aber immer noch weitestgehend auf die Innovationsfähigkeit der Marktwirtschaft, glauben fest daran, daß für alle Probleme rechtzeitig technische Lösungen gefunden werden könnten. Dabei entsteht die Frage, wieweit der Staat z.B. durch eine ökologische Steuerreform die Rahmenbedingungen der Marktwirtschaft erst verändern muß, damit ein neuer Effizienzbeg-

riff sich durchsetzt, bei dem die Ressourcenproduktivitätssteigerung im Verhältnis zur Arbeitsproduktivitätssteigerung eine größere Rolle spielt. So wird die Vision entwickelt, daß in 10 oder 20 Jahren das gleiche Wohlstandsniveau mit 1/10tel des heutigen Materialeinsatzes erreicht werden müsse.

Aber besteht wirklich Hoffnung auf Änderung, solange der Weisheit letzter Schluß bleibt, uns den Regeln der Konkurrenz zu unterwerfen, die den Fortschritt im Selbstlauf erzwingen soll, ohne daß wir sonst etwas dazu tun müssen? Können wir weiterhin ins Regal greifen, ohne uns dafür zu interessieren, was wir damit in ökologischer und sozialer Hinsicht real bewirken?

Im Paradigma der Marktwirtschaft agieren die Marktteilnehmer ohne Absprache, nur im Hinblick auf den höchsten eigenen Vorteil. Jede Verständigung auf der Anbieter- wie auf der Nachfragerseite steht unter Kartellverdacht. Transparenz und Vertrauen als Ergebnis der Interaktion der Wirtschaftspartner können sich auf diese Weise nicht bilden, mit der Folge immer stärkerer staatlicher Kontrolle und Bürokratie, die der gleichzeitig geäußerten Forderung nach Verschlankeung des Staates Hohn sprechen. So hat der BSE-Skandal zur Einrichtung eines europaweiten Rinderkatasters geführt; der Lebensgang jedes Rindes muß lückenlos dokumentiert werden.

Auf diese Weise produziert unsere Wirtschaftsform immer wieder staatlichen Eingriffsbedarf, während wir gleichzeitig konstatieren müssen, daß den Staaten die bisherigen Instrumente des Eingriffs weggenommen werden, weil „Nationalökonomie“ zur „Weltökonomie“ (R. Steiner) wird.

Dieser Widerspruch führt in der Konsequenz zur Forderung nach einer Weltregierung, mit einem Weltparlament, einer Weltinnenpolitik usw., die dann für das Weltangebot und die Weltnachfrage entsprechende Rahmenbedingungen setzen könnte. Ein anderer Ansatz besteht in der Rahmensetzung durch internationale Abkommen im Sozial-, Menschenrechts- und Umweltbereich, wobei die Rio-Konferenz zeigt, daß dies selbst bei einem vergleichsweise überschaubaren Problem wie der Reduzierung des CO<sub>2</sub>-Ausstoßes nicht funktioniert. Auf der anderen Seite beobachten wir als eine Art Kontrastprogramm zum Globalisierungstrend Tendenzen eines neuen Nationalismus, zur Bildung „ethnisch homogener“ Kleinstaaten, verbunden mit gewissen Autarkiebestrebungen.

## Die Frage nach Alternativen

Wenn man mit guten Gründen alle Bestrebungen, die Probleme durch eine neue Kombination von Markt und Staat zu lösen, für nicht tragfähig hält, dann bleibt nur der Weg der Ordnung der Verhältnisse durch die Wirtschaftspartner selbst, also der Weg der assoziativen Wirtschaft. Regionale Assoziationen können das Aufeinander-Angewiesensein der wirtschaftenden Menschen erlebbar, ihre Beziehungen gestaltbar machen. Wer sich an den runden Tisch der Wirtschaftspartner setzt, gibt nicht vorher seinen Egoismus an der Garderobe ab. Das Selbstinteresse von einzelnen oder Gruppierungen bleibt

ein realer Faktor. Aber Gruppeninteressen können sich durch das Gespräch korrigieren und ausgleichen, können abgewogen werden und sich gegenseitig - im Hinblick auf gemeinsame Aufgaben und Belange - begrenzen. Transparenz - z.B. im Hinblick auf die Bezugsquellen (woher bezieht der Metzger sein Rindfleisch?) - schafft Vertrauen, das Bürokratie ersetzen kann.

Beispiele im Kleinen zeigen, daß so etwas möglich ist. Der „fair“ gehandelte Kaffee ist nur ein Beispiel, welches zugleich beweist, daß Zusammenarbeit auch über weite Distanzen möglich ist. Warum sollte so etwas nicht auch im großen Maßstab möglich sein? Wieso sollten nicht freiwillige Selbstbeschränkungen und gemeinsam vereinbarte ökologisch-soziale Standards immer mehr staatliche Eingriffe ersetzen?

In bezug auf das Verkehrswesen z.B. wird heute die Forderung laut, daß der öffentliche Verkehr „privater“ werden (z.B. durch Rufbusssysteme), der private „öffentlicher“ werden muß (durch Car-Sharing u.ä.). Zusammenarbeit und freiwillige Vereinbarungen wären die notwendige Voraussetzung, um so etwas auf den Weg zu bringen.

Heute sind es vielfach noch „Dritte Welt“-Gruppen, Umweltverbände, Greenpeace usw., die Forderungen wie die nach dem Drei-Liter-Auto, dem FCKW-freien Kühlschranks usw. ins Gespräch bringen und damit etwas leisten, was eigentlich und mit mehr Durchschlagskraft von Organen des Wirtschaftslebens selbst geleistet werden müßte. Im Zuge dieser Organbildung wird auch die Frage beantwortet werden müssen, in welcher Form eine organisierte Verbraucherschäft Mitverantwortung im Wirtschaftsgeschehen übernimmt.

Aufgabe des Staates wäre es, solche Organbildungen zuzulassen, statt sie zu verhindern. Eine sinnvolle Richtung staatlichen Handelns wäre eine Reform des Steuersystems im Sinne einer Ausgabenbesteuerung, wobei die europäische Mehrwertsteuerharmonisierung die gezielte Nutzung dieses Instruments für ökologische und soziale Ziele erschwert.

## Sozialbindung des Eigentums<sup>14</sup>

Im Zusammenhang mit der derzeit laufenden Debatte um die „Revision“ der schweizerischen Verfassung gibt es die höchst bemerkenswerte Frage, ob der Wettbewerb in Art. 85 zum Verfassungsgrundsatz erklärt werden soll oder nicht. Inzwischen ist im Entwurf dort von der „Wirtschaftsfreiheit“ die Rede. Es geht um nicht weniger als darum, ob Wettbewerb ein Sonderfall der Vertragssituation ist - oder ob nur Verträge, die auf Konkurrenzverhalten basieren, überhaupt rechtmäßig sind, was das Ende aller assoziativwirtschaftlichen Bemühungen darstellen würde. Zugleich würde dies bedeuten, daß das grundlegende Handlungsraum nach innen schaffende, Sozial-

recht der Vertragsfreiheit beseitigt würde.

Man sieht an diesem Beispiel, wie das Rechtsleben durch seine Bestimmungen Raum für Neues schaffen oder beseitigen kann. In ganz entscheidender Weise wird der Rahmen des Wirtschaftens durch das Eigentumsrecht gezogen. Überall hat das Eigentum Verfassungsrang, ist im Grunde besser geschützt als die Menschen.

### Eigentum - zwischen Sachenrecht und Sozialrecht

Eigentum wird zunächst als Privateigentum gefaßt, das gegenüber der Gemeinschaft abgegrenzt ist: Ich kann über die Sache, wie § 903 BGB formuliert, nach Belieben verfügen, solange nicht die Rechte Dritter tangiert sind. Eigentum scheint, so betrachtet, geradezu über der Gesellschaft zu stehen. Andererseits formuliert der Art. 14 des Grundgesetzes für die BRD auch die sogenannte Sozialpflichtigkeit des Eigentums. In welchem Verhältnis beides - beliebiges Verfügen und Sozialbindung - zueinander steht, ist Gegenstand juristischer Kontroversen geworden. Z.B. haben der Bundesgerichtshof und das Bundesverfassungsgericht unterschiedliche Akzente gesetzt, wobei letzteres mehr die Sozialbindung betont hat. Das macht sich z.B. auch an der Frage fest, wo Entschädigungsbedarf bei Einschränkung der Verfügung über das Eigentum im Interesse allgemeiner Belange (z.B. Erhaltung der Grundwasserqualität) entsteht.

Offenbar kommen zwei Aspekte des Eigentums in Betracht: persönlicher Gebrauch und Gebrauch im sozialen Kontext. Bei persönlichen Gebrauchsgegenständen ist der Schutz vor vormundschaftlichem Eingriff in die unbeschränkte „private“ Verfügung durch den einzelnen vorrangig. Auch die Verfügungsübertragung durch Vererbung kann so betrachtet werden. Ein Abgrenzungsproblem entsteht aber schon da, wo es um die Entsorgung eines von mir legitimerweise zerstörten Eigentumsgegenstandes geht. Diese kann offenbar nicht in mein Belieben gestellt sein. Noch weniger kann das da der Fall sein, wo sich Sachen- und Sozialrechtselemente mischen, was z.B. beim Boden und bei Unternehmen der Fall ist.

Inwieweit sind diese überhaupt „privateigentumsfähig“? Ein Unternehmen ist schließlich kein privater Gebrauchsgegenstand, sondern eine Arbeitsgemeinschaft von Menschen und zugleich und vorrangig deren Instrument, mit dem sie in der Arbeitsteilung ihren Beitrag zur Versorgung anderer leisten. Insofern ergibt sich hier jenes Sozialbindungspostulat, das in Art. 14 GG angesprochen wird. Es wird jedoch dort nicht weiter konkretisiert, so daß vielfach die Meinung herrscht, ihm sei schon durch die Arbeitsteilung als solche Genüge getan.

Der Art. 15 GG hält allerdings implizit, indem er neue Wirtschaftsformen („Vergesellschaftung“ bzw. „Überführung in andere Formen der Gemeinwirtschaft“) für möglich erklärt, einen sich aus der Sozialbindung ergebenden Gestaltungsbedarf für denkbar. (An Art. 15 will man deshalb in großen Teilen der politischen Klasse nur ungerne erinnert werden.) Inmerhin machen die beiden Artikel, auch wenn aus ihnen bisher keine Erneuerung des Eigentumsrechts folgte, die Diffamierung einer sol-

<sup>14</sup> Referat des Beitrags von Udo Herrmannstorfer.

chen Erneuerungsforderung als verfassungsfeindlich unmöglich.

Wenn wir z.B. das Bodeneigentum betrachten, dann stoßen wir - wenn wir historisch nur weit genug zurückgehen - auf die Gewalt als Aneignungsgeste. Insofern sind alle „ewigen“ Besitzansprüche im Hinblick auf „vererbte“ Eigentumstitel hier von vornherein problematisch.

Das landwirtschaftliche Bodeneigentum war Nutzungseigentum, seine Vererbung war die Übertragung der Nutzungsrechte und -pflichten an einen oder mehrere Nachkommen. Die Vererbung war eine Art Schenkung im Blutstrom, durch welche die Nutzung landwirtschaftlicher Flächen und damit die Lebensmittelversorgung gesichert wurde; das Eigentum an landwirtschaftlichen Produktionsmitteln blieb in „sozialem Fluß“. (In bezug auf Einzelheiten wie die Entschädigung jüngerer Geschwister und die Alterssicherung der Eltern im Fall der Übernahme des Hofes vor ihrem Tod entwickelten sich unterschiedliche Regelungen.)

### **Verkäuflichkeit verhindert Sozialfluß**

Heute, wo Aufgaben in der Landwirtschaft nicht mehr aus Familientradition, sondern aus ganz anderen Motiven ergriffen werden, ist die Funktion des Eigentums nur noch formal dieselbe. Das ererbte Eigentum ist verkäuflich. Erben, die selber an der Nutzung kein Interesse haben, werden ihr Eigentum in der Regel verkaufen (oder verpachten, was von der Wirkung her ähnlich ist). Die meisten Landverkäufe erfolgen durch Erbengemeinschaften. Auch bei Wohn- und Geschäftshäusern kommt es - besonders wo viele Erben im Spiel sind - durch den Erbgang oft zum Verkauf. Während die Eigennutzung sozial unschädlich bleibt, führt die Realisierung als Vermögenswert zur Bildung von Einkommen, denen keine Gegenleistung beim Einkommensbezieher gegenübersteht und die man deshalb auch als Renten bezeichnen kann (das letztere ist auch da der Fall, wo Erben, die mit einem Unternehmen nichts zu tun haben, laufend Erträge des Unternehmens zufließen).

Im Gegensatz zum Verkauf bei persönlichen Gebrauchsgegenständen, tritt beim Verkauf von Nutzflächen oder Industrieunternehmen eine Belastung des Nachnutzers auf: Beim Verkauf verwandelt sich das Vermögen in Schulden, für die Zins und Tilgung vom Nachnutzer erwirtschaftet werden müssen. Dies hat beispielsweise zur Folge, daß es vielfach unmöglich wird, ökologische Landwirtschaft überhaupt rentabel zu betreiben. Der Erbstrom, indem er in die Verkäuflichkeit mündet, hört auf, dem sozialen Leben zu dienen.

Ist die Landwirtschaft der naturnächste Teil der Wirtschaft, der mit dem Boden verwachsen ist, so ist für die Industrie der Boden Standort. Und Standorte kann man wechseln. Was das Eigentum an Unternehmen angeht, so hat sich in der Frühzeit des Industrialismus eine Art Sündenfall vollzogen, dessen Folgen heute, unter den Bedingungen der Globalisierung, erst gänzlich sichtbar werden. Als die ständischen Ordnungen zerfielen, sich Fabriken in ehemals rein landwirtschaftlichen Gebieten ansiedelten, da entstand die Frage, welche Rechtsform diese

neuen Sozialgebilde erhalten sollten. Gebäude und Maschinen ließen sich sozusagen sachenrechtlich fassen. Wie aber war den arbeitenden Menschen, wie dem Geldkapital rechtlich Rechnung zu tragen?

Ein Unternehmen ist eine juristische Person, eine Person kann jedoch nicht eine Sache sein. Wem also sollte das Unternehmen gehören? Diese Frage wurde so beantwortet, daß Unternehmen ausschließlich den Kapitalgebern gehören. Damit aber entstand die unselige Spaltung zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern, gerieten die Arbeitenden aus der Leibeigenschaft des Feudalstaates im 18. und 19. Jahrhundert in eine neue Form der Leibeigenschaft, die Lohnabhängigkeit.

Letztlich wurden Menschen damit Eigentum des Kapitals, Menschenrecht wurde Sachenrecht unterstellt, die Demokratie an dieser Stelle - wenn man es genau betrachtet - außer Kraft gesetzt. Eine demokratieförmige Betriebsverfassung würde nicht Gleichheit der innerbetrieblichen Verantwortungsgrade und Kompetenzen bedeuten, wohl aber, daß die notwendigen Differenzierungen auf dem Rechtsboden der Gleichheit zustande kommen. Wir dagegen haben in weiten Bereichen des Lebens Verhältnisse der Ungleichheit - und verbrämen diese ungesunden Strukturen dann durch Schutzrechte für die „Schwachen“: Rechte des Betriebsrats, Mieterschutz, Konsumentenschutz usw.

Das Eigentum ist für den Eigentümer verkäuflicher Vermögenswert, die Verkäuflichkeit gehört zur Verfügung untrennbar hinzu. Zum Eigentum gehört das Recht auf den Ertrag des Unternehmens. Begründet wird dies mit dem Risiko des Eigenkapitals nach dem Motto: „Es muß mir allein gehören, weil ich alles verlieren kann.“ Dabei wird so getan, als sei die Vollhaftung im Sinne des alten Eigentumsunternehmers noch der Regelfall, als sei nicht längst das Risiko durch Formen der Haftungsbeschränkung vermindert, als würde nicht im Pleitefall ein großer Teil der Verluste „sozialisiert“ (Abschreibungen der Banken 1996: 40 Mrd. DM).

Die genannte Begründung übersieht auch, daß mir als Eigentümer weit mehr gehört, als dasjenige, was ich gegeben habe! Ein Unternehmensanteil begründet ein Ertragsrecht auf alle Ewigkeit. Alle Zukunftswerte fließen substantiell den Eigentümern zu. Überschüsse werden nicht frei, sondern dienen immer weiter der Verzinsung des Kapitals, kleben am Kapital wie an einer Leimrute.

Der alte Eigentumsunternehmer war noch Kapitalgeber und leitender Mitarbeiter in einer Person, im günstigen Fall fand - ähnlich wie in der Landwirtschaft - im Austrittsfall eine kaufpreislose Übertragung der unternehmerischen Verfügung an den „Junior“ statt. Heute, wo Fähigkeitsstrom und Blutstrom auseinanderdriften, treten die Folgen der Verkäuflichkeit erst richtig in Erscheinung: Auf der einen Seite fordert die Politik eine Million neuer Unternehmer - die bitte sehr Arbeitsplätze schaffen sollen. Andererseits erschwert die Verkäuflichkeit die Übernahme unternehmerischer Verantwortung. Im großen Maßstab sind Kapitaleigentum und Unternehmerfunktion immer mehr auseinander gefallen. Früher brauchte der Unternehmer Kapital, um etwas zu unternehmen. Heute braucht das Kapital Unternehmer,

um Rendite zu erzielen. An die Stelle der unternehmerischen Sachaufgabe ist immer mehr die abstrakte Aufgabe der Vermehrung des Kapitals getreten.

### **Antiwirtschaft**

Mit der Verkäuflichkeit von Unternehmensanteilen ist die Börse entstanden. Die Aktie ist Anteilschein am Unternehmen, löst sich aber in ihrer Wertbestimmung immer mehr von der Unternehmensrealität ab. Der Kurswert von Aktien macht sich heute am Vielfachen des Jahresertrags fest (das 16fache, in Japan bis zum 40fachen). Verschämt nennt der Wirtschaftsteil der Zeitungen schon nicht mehr Prozente, sondern hamlose 1,75 DM Dividende - wobei es sich um eine Aktie mit dem Nennwert 5,- DM handelt. Die Deutsche Bank gibt als Ertragsziel für 1997 18% Rendite auf Eigenkapital an. Alles dreht sich um den shareholder value. Schon gibt es die ersten warnenden Stimmen, die Ertragskraft der Unternehmen nicht überzustrapazieren.

Nur formal haben wir es noch mit Wirtschaft im alten Sinne zu tun, inhaltlich handelt es sich um die Absetzung der Aufgabenwirtschaft durch die Kapitalwirtschaft. Das Mittel dieser Absetzung ist die Verkäuflichkeit des Eigentums. Auch die verschiedenen „Derivate“ sind letztlich immer aus dem Eigentum abgeleitet. Der Trend geht heute zur Aktie als Finanzierungsinstrument auch für kleinere Unternehmen. In Deutschland, wo Aktien bisher eine weit geringere Rolle spielten, als etwa in den USA, wird spätestens seit der Einführung der T-Aktie mächtig Stimmung in dieser Richtung gemacht, nach dem Motto: Wir brauchen in diesem Land mehr Risikokapital.

Angestrebt wird gar die nennwertlose Aktie. Mit einer solchen Aktienform wären wir endgültig bei einer Wertschöpfung ohne Realwert, auf dem Feld einer unbegrenzten Scheinwertschöpfung angelangt. Aktienfonds werden heute als *die* Problemlösung gehandelt. Die Labour Party plant den Umbau der Sicherungssysteme in Anlagefonds. In den USA geht die Anlageform „Lebensversicherung“ zugunsten von Aktienanlagefonds zurück. Es entwickelt sich eine Art Antiwirtschaft, die nur formal der alten Wirtschaft gleicht und in Wirklichkeit die Re-

alwirtschaft zunehmend aussaugt. Die Aktienkurse steigen mit der Zahl der Entlassungen. In der Realwirtschaft sind Renditen, wie sie im Anlagengeschäft möglich sind, nicht zu erzielen. Eine vergleichbare Hilfe, wie sie die sich verspekuliert habenden Anleger in der sogenannten „Peso-Krise“ erhielten, wird der Realwirtschaft nicht zuteil.

Unter diesen Bedingungen verlieren die Banken zunehmend das Interesse an „normalen“ Finanzierungen. Wer sieht noch die Aufgabe der Banken darin, als „ehrliche Makler“ Spargeld zu poolen, Kredite zu vermitteln und dabei das Risiko zu streuen? Die Banken sind nicht Makler, sondern betreiben Eigengeschäft mit Geld, und am rentierlichsten sind eben Anlagen.

Durch die sich nominal immer weiter vermehrende Geldmenge entstehen krebsartige Wucherungen im sozialen Organismus, die zeigen, daß Geld, wenn es sich nicht in wirtschaftlicher Aktivität bindet, notwendig „altern“ muß.

Heute bindet sich Kapital nicht mehr an die wirtschaftliche Aufgabe, gleichzeitig wird es nicht als Überschuß frei für kulturelle und soziale Anliegen. Beides sind zwei Symptome der einen Krankheit. Wer zur Gesundheit beitragen will, muß neue Wege in der Finanzierung von Unternehmen beschreiten. Er muß auch neue Lösungen der Risikofrage entwickeln - Formen assoziativer Haftung, Kreditsicherungsfonds!

### **Alternativen im Kleinen**

In diesem Sinne berichtete Udo Herrmannstorfer abschließend von einer Initiative, ein wirksames Kapitalbeschaffungsinstrument für Unternehmen, die neue Wege gehen wollen, zu entwickeln. Gedacht ist daran, zunächst den gangbaren Weg über Beteiligungen zu nehmen, den Eigentumsanspruch des „Anlegers“ aber nach und nach in Kredit zu verwandeln. Dies würde es den Unternehmen, die mit solchen Geldern arbeiten, erlauben, nach und nach ihre Erträge frei zu bekommen und dem üblichen Druck zu entgehen. Wir werden im Rundbrief zu gegebener Zeit auf diese Initiative zurückkommen.

# Miteinander statt Gegeneinander

## Vom Konkurrenzprinzip zu kooperativen Formen des Wirtschaftens

Wilhelm Neurohr

*Vor ca. 80 Vertretern der verschiedenen Mitgliedsorganisationen und -einrichtungen des Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverbandes, Kreisgruppe Bochum, sowie Gästen aus Rat und Stadtverwaltung hielt Wilhelm Neurohr vom „Arbeitskreis Soziale Dreigliederung im Ruhrgebiet e. V.“ auf Einladung einen Vortrag beim traditionellen Neujahrsempfang am 3. Februar mit anschließender Diskussion. Es ging auf Wunsch der Veranstalter um das Aufzeigen kooperativer Wirtschaftsformen als Alternative zur Konkurrenzwirtschaft mit ihren Auswüchsen. Die wesentlichen Inhalte und Aussagen sind hier zusammengefaßt, da sie ein Grundlagenthema, das verschiedentlich schon im Rundbrief und auch in Seminaren des Netzwerkes dargelegt worden ist, nochmals aufgreifen, ergänzen und abrunden. Die Zuhörer selber waren überwiegend mit Fragen der sozialen Dreigliederung bislang überhaupt nicht vertraut und erstmalig damit konfrontiert worden. Insoweit stellt dieser Vortragsaufbau den beispielhaften Versuch einer Dreigliederungsinitiative dar, die schwierige Materie an interessierte Menschen in öffentlichem Rahmen heranzutragen.*

### **Bewußtsein für alltägliche Wirtschaftszusammenhänge**

In Anspielung auf das vorausgegangene gemeinsame Abendessen zerstreute der Referent mit Blick auf die Zuhörer die Befürchtung, daß ein voller Magen für innovative Gedanken nicht mehr so zugänglich sei. Er lenkte vielmehr zum Einstieg in das Thema die Aufmerksamkeit auf die weitreichende Überlegung, wieviele (unzählige) Menschen und Einrichtungen arbeitsteilig an der Essens-tafel vorbereitend beteiligt waren, abgestellt auf die Bedürfnisse der Teilnehmer für eine einzige Abendveranstaltung. Er zielte damit nicht nur auf die Helfer im Hause oder die örtlichen Veranstalter ab, sondern auf die zigtausend indirekt daran beteiligten Menschen, und zwar arbeitsteilig in aller Welt:

Angefangen bei der Geschirrerstellung (Porzellanmanufaktur, Lasur- und Brennofenhersteller, Töpferei, Designer, Lieferanten, Verkäufer, Verpackungsindustrie, Holzwollehersteller usw.) und der Besteckerherstellung (Metallverarbeitende und Chemische Industrie, Rohstoffgewinnung, Silberminen, Chrom- und Zinkverarbeitung, Goldschmiede, Haushaltswarenkaufhäuser u.v.m.) über die Textilien für Tischdecken (ferner Papierservietten, chemische Färbungsmittel, Spültücher und Spülmittel, Wasserwerke für Spül- und Reinigungswasser, Trinkwasserförderung und -aufbereitung etc.) bis hin zur Möbelerstellung hinsichtlich der benutzten Tische und Stühle (Forstarbeiter, Sägewerke, Möbeldesigner, Schreiner, Transportunternehmen, LKW-Hersteller, KFZ-Mechaniker, Teer- und Tiefbaufirmen, Werkzeugmacher u.a.m.).

Aber auch die benutzten Räumlichkeiten für das Abendessen, das umgebende Gebäude gelte es einzubezie-

hen (Architekten, Computerhersteller, Bauarbeiter, Elektrohandwerker, Energielieferanten, Erdgas aus Rußland, Pipelinebauer usw.). Nicht zuletzt die servierten Speisen selber ließen auf sichtbar und unsichtbar tätige Menschen schließen (Landwirtschaft, Landmaschinenhersteller, Lebensmittelverarbeitende Industrie, Händler und Verkäufer, Getränkelieferanten, Flaschenhersteller, Elektroherde- und Kühlschrankhersteller, Köche und Küchenhilfen u.v.m.).

### **Voraussetzungen für kooperatives Wirtschaften**

Diese Aufzählung, so der Vortragende, könne man endlos fortführen. Die komplexen Zusammenhänge seien eigentlich nichts Neues, nur habe man sie nicht immer alltäglich im Bewußtsein. Es wäre aber sehr wichtig, sie immer und überall im Bewußtsein zu haben, als wichtige Voraussetzung für ein umfassendes Verständnis für unsere weltweiten, die Menschheit umspannenden wirtschaftlichen Abhängigkeiten, die bis in den konkreten Alltag hineinreichen, auch als Voraussetzung für ein gemeinschaftliches Abendessen in dem vorgefundenen Rahmen. Dieses Bewußtsein für das Wohlergehen der gesamten Menschheit und das Verständnis für die Gesamtzusammenhänge und Verflechtungen seien wichtige Voraussetzungen für kooperatives Wirtschaften aus anderer, nicht nur egoistischer Gesinnung.

Die andere Voraussetzung werde erkennbar, wenn der Blick auch auf die Erfordernisse der planenden Vorbereitung und reibungslosen Abwicklung des Abendessens gelenkt werde: Durch termingerechte Rückmeldungen der eingeladenen Teilnehmer müsse eine halbwegs verlässliche Teilnehmerzahl planbar sein für den Koch

wie für die Helfer bei der Lebensmittelbeschaffung, beim Eindecken der Tische und Aufstellen der Stühle etc. Gleichwohl habe das nichts mit „Planwirtschaft“ zu tun, sondern mit Abstimmungen und Absprachen. Danach konnten die Portionen bemessen werden. Bei der Verteilung der Portionen konnte jeder Gast nach seinem persönlichen Geschmack und Bedürfnis selber die Portionsgröße wählen oder Nachschlag erbeten, also erfolgte eine nachfrageorientierte Verteilung und keine aufgezwungene Einheitszuteilung. Da es Tische gab, auf denen die Mengen nicht ganz ausreichten und andere Tische, wo etwas übrigblieb, erfolgte ein bedarfsgerechter solidarischer Austausch von Tisch zu Tisch, also ein brüderliches Teilen der verfügbaren Gesamtportion.

Gelingen konnte das alles nur durch gegenseitiges Wahrnehmen und durch Abstimmung, aber auch durch die Fähigkeiten des Kochs und das Organisationstalent und die Aufmerksamkeit der Helfer sowie durch das soziale und rücksichtsvolle Verhalten der Gäste. Die Bereitschaft zum uneigennütigen Zusammenwirken für das Wohl aller Beteiligten aus dem Erkennen der Notwendigkeit sei wichtige Voraussetzung für kooperatives Wirtschaften.

### **Arbeitsteilung und Brüderlichkeit**

Aufbauend auf diesen einführenden Betrachtungen und Beobachtungen am Vortragsabend konnte der Referent folgende Erkenntnisse anschaulich vermitteln und auf die gesamtwirtschaftlichen Verhältnisse übertragen:

„Im Verfolgen dieser Abläufe und zwischenmenschlichen Prozesse ist unmittelbar feststellbar, daß im Wirtschaftsleben einer auf den anderen angewiesen ist, da geht es arbeitsteilig Hand in Hand. Die Fähigkeiten und Bedürfnisse der unzähligen am Wirtschaftsprozeß beteiligten Menschen (bis hin zu unseren Bedürfnissen als Endverbraucher) bedingen ein großes Miteinander. Alles bedarf der weitreichenden Kooperation. Gemeinsames Wirtschaften erlaubt überhaupt kein Gegeneinander. Unmittelbar begreifen wir: Konkurrenz ist eigentlich etwas völlig Wesensfremdes für das Wirtschaftsleben.

Vielmehr erkennen wir: Wirtschaften ist ein großer Akt der Solidarität und Brüderlichkeit, mit Abhängigkeit eines jeden Menschen von den für ihn tätigen anderen Menschen. Heutzutage ist wohl niemand mehr in der Lage, seine vollständige Selbstversorgung zu gewährleisten. Für den anderen Menschen tätig zu sein, ist die Zielrichtung des Wirtschaftens, weil alle anderen auch für mich tätig sind. Es wäre ein Unding, die Erträgnisse meiner Leistungen alleine für mich zu beanspruchen. Denn wenn es alle anderen genauso täten, könnte das niemand schadlos überstehen.“

### **Sinn und Zweck des Wirtschaftens**

Demgegenüber gerate der eigentliche Sinn und Zweck des Wirtschaftens nicht nur in der Wirtschaftspraxis, sondern vielfach auch bei den Wirtschaftstheorien immer mehr aus dem Blick: nämlich die arbeitsteilige und weltweite Versorgung aller Menschen mit tatsächlich benötig-

ten Gütern, Waren und Dienstleistungen zur leiblichen Existenzsicherung und zur Erhaltung der Lebensgrundlagen der Menschheit. Heute werde hingegen nur noch gefragt: Was kostet der einzelne Mensch und können wir uns ihn überhaupt noch leisten? Dies sei eine Pervertierung des wirtschaftlichen Denkens und Handelns.

Gesundes Wirtschaften schließe nicht einen gesunden Ideenwettbewerb aller am Wirtschaftsprozeß beteiligten aus, wohl aber die Konkurrenz im Sinne von Verteilungskämpfen aufgrund eigenen Vorteilsdenkens und Egoismus. Damit seien weniger moralische Fragen angesprochen, obwohl uns allen eine Wirtschafts-Ethik gut täte, als vielmehr Vernunftsfragen und wirtschaftliche Gesetzmäßigkeiten, die dem Wirtschaftsleben innewohnen. Täglich sei ja erlebbar: Konkurrenz führe zur Konzentration in Richtung Großkonzerne einerseits und zu Konkursen und Arbeitsplatzverlusten andererseits, letztlich auch zu sozialen Verwerfungen. Offensichtlich habe Konkurrenzdenken etwas Zerstörerisches, Menschenverachtendes an sich. Wo gegeneinander konkurriert und gekämpft werde, da gebe es keine Gewinner und Verlierer, sondern am Ende nur Verlierer.

### **Standortkonkurrenzkampf**

Auch der momentane, völlig irrationale Standortkonkurrenzkampf der Staaten und Kontinente im Zuge der Globalisierung, dem jetzt alles wirtschaftliche Denken und Handeln plötzlich unterliege, werde keine Sieger kennen. Die „neue Weltwirtschaftsordnung“ werde sich als große Unordnung erweisen: Als großer Kampf „jeder gegen jeden“, der zum sozialen Niedergang unweigerlich führen werde. In einer arbeitsteiligen brüderlichen Weltwirtschaft gebe es keine staatlichen und kontinentalen Grenzen, also auch keine räumlich abgrenzbaren Wirtschaftsstandorte. Jede Grenzziehung im Wirtschaftsleben spalte die Menschheit und behindere die Wirtschaftsabläufe. Sie werde absehbar zum Bumerang, und das nicht erst in ferner Zukunft, sondern schon recht bald und gegenwärtig, wenn nicht eine Wende im wirtschaftlichen Denken und Verhalten eintrete.

### **Markt- und Staatsgläubigkeit**

Aus aktuellem Anlaß ging der Referent auf das in allen Medien stattgefundene Gedenken an den Marktwirtschaftler Prof. Ludwig Erhard ein. Für diesen habe ja im Wirtschaftsleben immer auch die Balance zwischen (verordneter) Solidarität und Selbstverantwortung gegolten. Er habe jedenfalls die soziale Komponente der Marktwirtschaft sehr hochgehalten, wobei er in seiner Marktgläubigkeit davon ausging, daß das Wirtschaftssystem auch in sich funktionierend zum sozialen Ausgleich über die Marktmechanismen und die Wohlstandsentwicklung mit beitrage oder der Staat korrigierend eingreifen müsse. Bei ihm habe eine Art Mischung aus Markt- und Staatsgläubigkeit vorgelegen. Je nach politisch-ideologischem Standort zitiere in diesen Wochen jeder nun dasjenige von Ludwig Erhard, was er gerade für seine jeweilige Interessenlage verwenden könne.

## Sozialdarwinismus

Doch das eigentliche Credo der Marktwirtschaft oder Konkurrenzwirtschaft, die ja eine Ideologie und keine Wissenschaft sei, deren Dogma keiner wissenschaftlichen Überprüfung wirklich standhalte, sei schlicht und einfach folgendes: Der Egoismus und Eigennutz als Motor der Wirtschaft Sorge quasi automatisch für die bestmögliche Versorgung der Menschen und damit für das Wohl der Allgemeinheit, nach dem Motto: „Konkurrenz hebt das Geschäft.“ Dahinter stecke die absurde Logik: „Das Gegeneinander fördert das Miteinander und Füreinander.“ Als Sozialdarwinismus könne man das bezeichnen, denn es werde ein fragwürdiges Menschenbild dabei zugrunde gelegt. Die ganze Ideologie münde ferner in den Glauben: Die Summe funktionierender Betriebswirtschaften ergebe angeblich automatisch eine gesunde Volkswirtschaft. Derzeit sei aber erlebbar, wie das rein betriebswirtschaftliche Denken und das „Töpfchendenken“ die Volkswirtschaft zugrunde richte und überdies zu einer verhängnisvollen Ökonomisierung des gesamten Denkens und Handelns in allen Lebensbereichen geführt habe. Die soziale Spaltung der Gesellschaft und der Menschheit werde dabei bewußt und teils zynisch in Kauf genommen. Im Konkurrenzkampf siege nun einmal der Stärkere über den Schwächeren, der Lebensfähige über den Lebensunfähigen - der Lebenswerte über den weniger Lebenswerten?

## Sozialstaatsfunktion

Dort, wo soziale Verwerfungen auftreten, sei nach bisheriger Auffassung als Korrektiv der Sozialstaat da und die staatliche Wirtschaftspolitik, d.h. dann solle sich der Staat in das Wirtschaftsleben einmischen - womit er ja erkennbar überfordert sei. Inzwischen werde von neoliberaler Seite jedwede Sozialstaatsfunktion in Frage gestellt. Richtig sei allerdings, daß der Staat seinem Wesen nach ja nur für die rechtlichen Rahmenbedingungen da sei. Genau in diesem Rahmen habe er aber auch für soziale Gerechtigkeit zu sorgen. Doch unsere Gesetzgebung im Parteienstaat fühle sich erkennbar (schon von ihren Gesetzgebungsverfahren her) nicht der Gerechtigkeit und dem allgemeinen Rechtsempfinden verpflichtet, sondern den jeweils stärksten Interessengruppen, den Gruppenegoisten. Wer eine Lobby habe, erkämpfe sich seine Rechte, wer keine habe, bleibe auf der Strecke. Schon der Hl. Augustinus habe es drastisch formuliert: „Ein Staat, dem es an Gerechtigkeit mangelt, was ist der anderes als eine große Räuberbande?“

## Verantwortung für das soziale Ganze

Die Gesamtverantwortung für das soziale Ganze gerate aus dem Blick. Das Wirtschaftsleben als solches solle nach gängiger Auffassung aus seinen Mechanismen heraus funktionieren, weniger durch die konkret beteiligten Menschen als verantwortungsbewußt handelnde mündige Individualitäten.

Aus über 50 Jahren scheinbar funktionierender Marktwirtschaft als Konkurrenzwirtschaft (mit anonymen

Verantwortlichkeiten) würden viele Zeitgenossen die vermeintliche Richtigkeit und Bestätigung dieser fragwürdigen Wirtschafts-ideologie herleiten. Das Wirtschaftssystem lehne für sich selber (über seine Verfechter) jedwede Konkurrenz ab, gelte es doch als das für alle Zeiten konkurrenzlose Siegermodell für die künftige Weltwirtschaftsordnung.

Während auf jedem Kindergeburtstag die Mutter schon die Ethik des Teilens und der Gesamtverantwortung lehre, indem ein bereitgestellter Kuchen für 12 Gäste auch in 12 halbwegs gleiche Stücke aufgeteilt werden müsse, lehre die Marktwirtschaft etwas anderes: Danach könne ein einzelnes Kind zum Schrecken der übrigen Hungermäuler den halben Kuchen clever an sich reißen und ungestraft ausrufen: „Alles mein!“

Die Konkurrenzwirtschaft sei ein System der zugelassenen Unverantwortlichkeit. Die einfachsten Prinzipien im menschlichen Umgang miteinander in kultivierten Gemeinschaften würden in unserem Wirtschaftsleben außer acht gelassen, mag es auch politisch und wirtschaftswissenschaftlich noch so untermauert und verteidigt werden. Es sei eigentlich ein barbarisches System.

## Zukunftstaugliche Wirtschaftsweise?

Es stelle sich die Frage, ob das weltweit nach den Prinzipien und Mechanismen der Konkurrenzwirtschaft praktizierte Wirtschaften weiterhin angemessen ist für Menschen, die als vernunftbegabte Wesen mit Geist, Seele und Körper ausgestattet seien. Zwar solle nicht mit naivem Idealismus der „Neue Mensch“ kreiert werden. Aber die dem Wirtschaftsleben innewohnenden Gesetzmäßigkeiten sollten aufgespürt werden, um praxis- und zukunftstaugliches sowie sozialverträgliches (zugleich ökologisch verträgliches) Wirtschaftshandeln mündiger Menschen aufzuzeigen, die zur Kooperation bereit seien.

Daß unsere Form der Konkurrenzwirtschaft, die ja längst kein Modell mehr einer sozialen Marktwirtschaft sei, allen anderen bisherigen Praxismodellen (einschl. dem lange Zeit real existierenden Sozialismus) trotzdem überlegen war, sei eigentlich erstaunlich - aber keinerlei Beweis dafür, daß es auch zukunftstauglich sei. Im Gegenteil, mehrten sich ja gerade zur Zeit die begründeten Zweifel. „Hat die Marktwirtschaft eigentlich *wegen* oder *trotz* ihrer (anarchistischen) Spielregeln lange Zeit scheinbar funktioniert?“ Nicht nur die sozialen Konflikte, auch die Rohstoff- und Ressourcenvernichtung sowie Umweltschäden durch unsere Formen des exzessiven Wirtschaftens würden ein „Weiter so“ verbieten.

Wenn ein Ingenieur eine Brücke fehlerhaft konstruiere, möge sie zwar eine Weile halten. Irgendwann komme der Überlastungspunkt, wo sie zusammenbreche. Im sozialen Gefüge dauere es bis zu solchen Zusammenbrüchen nur etwas länger, aber sie würden mit derselben Gewißheit kommen. Die Brücke für eine Weile noch provisorisch zu stützen und auszubessern, verschleierte nur die irreparablen Dauerschäden und verzögere den notwendigen Um- und Neubau.

Wenn derzeit vom „Umbau des Sozialstaates“ die Rede sei, dann sei in Wirklichkeit die Verabschiedung der



Unternehmer aus der sozialen Gesamtverantwortung für eine funktionierende Volkswirtschaft gemeint, da Aktienkurse derzeit höhere Priorität genießen würden als die Versorgung der Menschen. Eine rein gewinnorientierte Wirtschaft würde so zum bloßen Selbstzweck und die momentane Wirtschaftspolitik sei das Mittel zu diesem Zweck. Was unserem Wirtschaftsleben fehle, sei u.a. das Aufheben der Anonymität und damit der organisierten Nicht-Verantwortlichkeit für das soziale und volkswirtschaftliche Ganze, dem sich alle Beteiligten verpflichtet fühlen müßten.

### **Assoziatives Wirtschaften**

Alle am Wirtschaftsprozeß Beteiligten, die Produzenten, Händler und vor allem die Konsumenten, die in die relativ ohnmächtige und abhängige Verbraucherrolle gedrängt seien, müßten sich in ihren wechselseitigen Abhängigkeitsverhältnissen erkennen und weitgehend persönlich kennenlernen. Sie müßten sich von der Sache her assoziativ zusammenschließen und zusammenschließen.

Wenn wir wirklich nachfrageorientiert, also nicht überwiegend angebotsorientiert, d.h. verschwenderisch und an künstlich geweckten Bedürfnissen ausgerichtet (durch die Werbung geschürt) wirtschaften wollten, müßten vor der Produktion die Bedürfnisse bereits bekannt sein. Qualität und Quantität der Produkte müßten mit den Abnehmern möglichst verbindlich vereinbart sein. Es gehe also nicht um sogenannte Marktforschung oder statistische Selbstregulierung von Angebot und Nachfrage durch den anonymen Marktmechanismus, sondern um die Einrichtung von Wahrnehmungsorganen durch die beteiligten Menschen, um sogenannte Assoziationen, um Zusammenarbeit und Zusammenschlüsse im Wirtschaftsleben mit neuartigen und freiwilligen Vertrags- und Vertrauensverhältnissen der füreinander Tätigen.

Es müßten dabei einerseits auch die Möglichkeiten und Vorleistungen der Produzenten und Händler bekannt sein sowie andererseits die Abnahme ihrer Ware sichergestellt sein zu den dafür vereinbarten angemessenen und tragbaren Preisen. Die für die Produktherstellung benötigten Menschen müßten bis zur Fertigstellung und Auslieferung ihren Lebensunterhalt im voraus gesichert haben. Es müßten aber auch vor der Produktion die anstehenden Kosten sowie die erforderlichen kostendeckenden „gerechten“ Preise geklärt und zwischen den Beteiligten abgestimmt werden.

Die für die Produktion einzusetzende menschliche Arbeit dürfe nicht länger als bloßer Kostenfaktor, quasi als Un-Kosten ähnlich dem Un-Kraut angesehen werden, sondern als Zielgröße des Unternehmens auf der Ertragsseite. Die Frage nach dem gerechten Preis hänge eng zusammen mit der Frage nach dem gerechten Lohn - und damit auch mit der Sicherheit der Arbeitsplätze. Das von Karl Marx schon erkannte menschenunwürdige Problem der Arbeitskraft als Ware werde uns ja in Jahren höchster Arbeitslosigkeit drastisch vor Augen geführt. Vielen falle es schwer, sich vorzustellen, daß Arbeit und Einkommen zwei verschiedene Paar Schuhe seien, also voneinander

getrennt werden müßten.

### **Der gerechte Preis**

Kaum jemand finde es gerecht, daß Preise vielfach von einer willkürlich anvisierten Gewinnkalkulation abhängig seien. Die Produzentenseite wolle bislang einen möglichst hohen Preis erzielen, der Käufer einen möglichst niedrigen Preis zahlen, und die dazwischenhängenden Händler halte man irrtümlich für die Preisverteuerer, obwohl sie immer häufiger zu Dumpingpreisen anböten und sich gegenseitig kaputt konkurrierten. Unter dem Strich sei damit niemandem wirklich gedient. Naheliegend sei es also, wenn sich Produzenten, Händler und Kunden oder Verbraucher von vornherein einigten über gewünschte Qualitäten und Mengen sowie Liefertermine mit Abnahmegarantien und realistischen Preisgestaltungen, bei Verlässlichkeit auf beiden Seiten.

Künftig ginge man also zu seinem Vertragshändler und weniger „zur Konkurrenz“. Vor- und Nachteile für alle Beteiligten sollten sich die Waage halten und nicht gegeneinander ausgespielt werden wie die Kumpane einer Räuberbande, die sich gegenseitig zu übervorteilen versuchten. Niedrigstpreise einerseits und Höchstgewinne andererseits könnten nicht länger die förderlichen Pole sein. Es fehle der ehrliche Interessenausgleich. Ein zahlungsunfähiger Verbraucher gehe am Preiswucher ebenso zugrunde wie der Händler und Produzent am Preiswettkampf usw. Warum nicht halbwegs objektive, akzeptable Preise und Gewinne? - Miteinander statt Gegeneinander.

Oftmals werde völlig vergessen: Konsumenten seien ja meist zugleich auch „Arbeitnehmer“ und damit Mitproduzenten, oder Konsumenten seien oft auch Unternehmer oder Händler. Wenn sie sich also gegenseitig schädigten, dann schädigten sie sich letzten Endes selber. Jeder sei ja wechselweise in jeder, zumindest aber in verschiedenen Rollen.

### **Theorie und Praxis**

Das Vorgetragene sei keine Theorie oder Utopie, auch keine neue Wirtschaftsideologie, sondern im eminentesten Sinne praxistauglich, weil aus den praktischen Notwendigkeiten und menschlichen Bedürfnissen hergeleitet. Es gebe längst auch bescheidene Praxisbeispiele, z.B. einen „Verbund Freie Unternehmensinitiativen“ und andere Kooperationsmodelle, in denen bereits Dutzende Unternehmen zusammengeschlossen seien, die nach diesen Prinzipien konkret vorgingen und die Zusammenarbeit mit Händlern und Verbrauchern suchten.

Auch die Arbeitnehmer seien dabei, zu lernen, daß sie nicht für ihre Arbeitskraft oder Arbeitszeit, also für Anwesenheit am Arbeitsplatz bezahlt würden, sondern für ihre eingesetzten Fähigkeiten und Arbeitsergebnisse (Produkte), die der Unternehmer ihnen quasi abkaufe: Arbeitnehmer im Sinne von Mitunternehmer. Es sei zu fragen: „Wer ist auf wen angewiesen?“ Jeder auf jeden, folglich sei das „Jeder gegen Jeden“ ein selbstzerstörerischer Unsinn. Auch die Gewerkschaften, die Sozial- und Tarifpartner seien dabei, allmählich umzudenken und

das Gegeneinander in ein wirklich partnerschaftliches Miteinander mit einer neuen Gesprächskultur zu verwandeln. Längst gebe es in Holland Beispiele für eine konfliktarme Sozialpartnerschaft ohne Kämpfe, mit dem Ergebnis, daß die Arbeitslosigkeit von 12 auf 6% reduziert worden sei.

Am schwierigsten sei es, Initiative bei den Verbrauchern zu wecken, die nicht einmal die eigenen Interessenverbände wie z.B. den Verbraucherverband und Verbraucherschutzeinrichtungen nennenswert unterstützen. Und auch die Stiftung Warentest oder Verbraucherberatungsstellen sowie Verbraucheraufklärungen in den Medien hätten bislang nicht zu besonderem Engagement geführt, da zu sehr auf die Interessengegensätze abgestellt werde anstatt auf die gemeinsame Interessenlage. Soll der Mensch wirklich im Mittelpunkt stehen, jenseits aller gleichlautenden Phrasen, könne er nur das Zepter des Handelns selber in die Hand nehmen und sich einsichtig mit Gleichgesinnten zur rechten Zeit zusammentun.

### **Das Wirtschaftsleben im Gesamtkontext**

Zum Abschluß erschien es dem Referenten wichtig, das Wirtschaftsleben nicht isoliert betrachtet zu wissen. Da die einzelnen Menschen zugleich teilnehmen würden sowohl am Wirtschaftsleben als auch am staatlich-politischen Rechtsleben sowie am geistig-kulturellen Leben, stünden sie im Mittelpunkt allen Geschehens, das somit auch von ihnen in jeder Richtung beeinflussbar sei. Auch wenn derzeit das ganze öffentliche Leben fast nur noch auf den Wirtschaftsbereich fixiert sei, könne dieser nur im Kontext der übrigen gesellschaftlichen Bereiche gesehen werden und gedeihen.

Im Wirtschaftsleben gehe es um die (körperlichen) Existenzbedürfnisse, hier seien brüderlich die Schätze der Erde zu teilen und die Fähigkeiten füreinander einzusetzen. Die Assoziationen seien hier die geeigneten Selbstverwaltungsorgane für das Wirtschaftsleben. Im politischen Rechtsleben sei die Mitverantwortung und demokratische Mitgestaltungsmöglichkeit ebenfalls weiter auszubauen, über formaldemokratische Wahlakte und Mehrheitsbildungen hinaus. Auch Minderheiten müßten Freiräume zur Selbstorganisation und Eigeninitiative erhalten. Als seelisches, fühlendes und empfindendes Wesen wolle man ja gleichberechtigt mit den anderen Menschen behandelt und ernst genommen werden. Aus dem Gerechtigkeits- und Rechtsempfinden aller Beteiligten ergäben sich die Spielregeln und auch der rechtliche Rahmen für das Wirtschaftsleben mit seinem Vertragswesen. Im geistig-kulturellen Bereich strebe der Mensch nach geistiger Freiheit und Unabhängigkeit. Deshalb habe der Staat ebensowenig wie die Wirtschaft im Bereich von Schule und Kultur inhaltlich etwas verloren, sondern hier sei ebenfalls Selbstverwaltung angesagt. Die

jeweils beteiligten und initiativen Menschen müßten in Freiheit ihre Ideen und Anschauungen sowie Forschungen und künstlerischen Gestaltungen ausleben können.

### **Der soziale Organismus**

Mit diesen Prinzipien, so der Referent, sei der Begriff der sozialen Dreigliederung etwas umrissen, der das soziale Ganze als einen lebendigen Gesamtorganismus betrachte. Die einzelnen Organe müßten darin, wie im menschlichen Gesamtorganismus, ihre eigenständige Funktion erhalten, um mit ihrer spezifischen Funktion den (sozialen) Organismus als Ganzes gesund zu erhalten. Sei das nicht gewährleistet, würden die einzelnen Menschen am falsch gegliederten sozialen Gesamtorganismus krank und umgekehrt.

Genauso wenig wie Lungen- und Herzfunktion oder Darm- und Gehirnfunktion vertauscht oder vermischt werden könnten, weil das zu Krankheit, Kollaps und Tod führen müßte, dürften die drei Organbereiche des gesellschaftlichen Lebens ihre krankmachende Durchmischung beibehalten, sondern müßten ihr funktionsgemäßes Eigenleben führen können, damit der Gesamtorganismus lebensfähig bleibe. Im Sozialen führe der in alle drei Bereiche eingebundene einzelne Mensch als Bindeglied die drei Bereiche zu einem gesunden Gesamtorganismus zusammen. Unsere gesellschaftliche, staatliche und wirtschaftliche Krise habe ausschließlich mit der krankhaften Durchmischung dieser Bereiche vor der Jahrtausendwende zu tun.

An jeden einzelnen Menschen seien in Zukunft hohe Anforderungen an sein tätiges und eigenverantwortliches Mitgestalten für das soziale Ganze und die Menschheitszukunft gestellt. Niemand, keine Institution der Welt, nehme ihm diese Verantwortung ab. Damit weiche aber auch das Ohnmachtsgefühl gegenüber der gigantischen Globalisierung aller Lebensverhältnisse. „Nur wenn wir uns selber verändern, verändern wir die Verhältnisse, und jede Veränderung beginnt im Bewußtsein.“

Mit dieser Aussage beendete der Referent den Vortrag mit einem Dank an die Zuhörer, daß er in ihr Bewußtsein eindringen durfte. Die teilweise sehr kritischen, aber aufgeschlossenen Zuhörer griffen die Anregungen auf in einer bis kurz vor Mitternacht hineinreichenden angeregten und lebhaften Diskussion und Aussprache. Die meisten Beiträge beschäftigten sich konstruktiv fragend mit den Grenzen und Möglichkeiten der praktischen Umsetzung und des Funktionierens assoziativer Wirtschaftsweisen, teilweise geprägt von der Skepsis, inwieweit die Menschen dazu willens und in der Lage sind. Nur wenigen Verteidigern des praktizierten Wirtschaftssystems standen viele Stimmen gegenüber, die ein anderes, menschengerechtes Wirtschaften dringend für notwendig hielten.

# Wert 1 und Wert 2 bei Rudolf Steiner und Wilhelm Schmundt

Detlef Oluf Böhm

Gleich auf den ersten Seiten seines Buches „Der soziale Organismus in seiner Freiheitsgestalt“ (Dornach 1968 und FIU Verlag 1993) nennt Wilhelm Schmundt zwei Grundbegriffe, auf denen seine Untersuchung aufbauen soll.<sup>1</sup> Es handelt sich um zwei Begriffe, die Rudolf Steiner in seinem „Nationalökonomischen Kurs“ entwickelt und die er dort als „Wert 1“ und „Wert 2“ bezeichnet, um von da aus den Vorgang der Preisbildung und den der Kapitalbildung besser beleuchten zu können. Der hier vorliegende Artikel möchte sichtbar machen, inwiefern Wilhelm Schmundt zumindest den „Wert 2“ mißverstanden hat. Der Fehler ist folgenreich für das Schmundt'sche Verständnis des Geldwesens und sollte deshalb erkannt und überwunden werden, zumal das Werk von Wilhelm Schmundt für eine ganze Strömung der Dreigliederungsbewegung maßgebend geworden ist.

Rudolf Steiner entwickelt die beiden Begriffe im zweiten Vortrag des Nationalökonomischen Kurses<sup>2</sup> im Zusammenhang mit der Frage der Preisbildung im wirtschaftlichen Prozeß. Im vierten Vortrag kommt er noch einmal darauf zurück im Zusammenhang mit der Frage der Kapitalbildung, die er als eine Folge der Wertschöpfung im Sinne von Wert 2 beschreibt.<sup>3</sup>

Wert 1 wird dabei als Anwendung von Arbeit auf die Naturgrundlage beschrieben, Wert 2 als Anwendung von Geist auf Arbeit. Zitat zu Wert 1: „Solange das Naturprodukt an seiner Fundstelle ist, unberührt, solange hat es keinen anderen Wert als denjenigen, den es auch zum Beispiel für das Tier hat. In dem Augenblick, wo Sie den ersten Schritt machen, das Naturprodukt hinzuzufügen in den volkswirtschaftlichen Zirkulationsprozeß, beginnt durch das umgeänderte Naturprodukt der volkswirtschaftliche Wert.“<sup>4</sup> Im 4. Vortrag wird dies am Beispiel der Kohle erläutert, die ihren „volkswirtschaftlichen Wert“ erst erhält durch „die aufgeprägte Arbeit, also dasjenige, was getan werden mußte, um die

Kohle zu Tage zu fördern, auch schon, um das Bergwerk zurecht zu machen, um Kohle zu verfrachten usw.“<sup>5</sup>

Zu Wert 2 gibt Steiner das Beispiel des Fuhrunternehmers, der Geist auf Arbeit anwendet, indem er eine Idee in die Tat umsetzt: die bisher zu Fuß zur Arbeit gehenden Arbeiter nun mit einem Wagen zur Arbeit zu bringen. Zitat: „Wodurch ist der Wagen erfunden worden? Er ist eben durch den Geist erfunden worden. Und jeglicher solcher Vorgang besteht darin, daß der Geist auf die Arbeit angewendet wird.“<sup>6</sup> Rudolf Steiner bezieht sich hier ausdrücklich auf den Vorgang der „Arbeitsteilung, Arbeitsgliederung“.<sup>7</sup> In der heutigen Volkswirtschaftstheorie und -praxis läuft das auch unter dem Namen „Rationalisierung“: Durch den Einsatz von Geist werden leistungsfähigere Maschinen erfunden, Arbeitsabläufe vereinfacht oder bessere Produkte entwickelt. Dasselbe Ergebnis kann mit geringerem Aufwand erzielt werden. Der Rationalisierungsgewinn schafft Kapital. Plakativ formuliert läßt sich sagen: Geist schafft Kapital, und zwar dann, wenn er die Arbeit organisiert.

## Was versteht W. Schmundt unter den Ausdrücken „Wert 1“ und „Wert 2“?

Angesichts dieser klaren Darstellungen kann man eigentlich nur überrascht sein, wenn man bei Wilhelm Schmundt in bezug auf Wert 2 liest: „Diesen Begriff gibt es in der heutigen Nationalökonomie nicht.“<sup>8</sup> Das ist so nicht richtig. Das Verständnis der Nationalökonomie von der Wirksamkeit des Geistes in der Wirtschaft mag verkürzt sein, aber immerhin gibt es auch in dieser heutigen Nationalökonomie die Begriffe „Arbeitsteilung“ und „Rationalisierung“. Und daß Rudolf Steiner das gleiche Phänomen mit der Formel: „Anwendung von Geist auf Arbeit“ (Wert 2) ins Auge faßt, daran kann man eigentlich nicht zweifeln. Es bleibt also nur, daß Wilhelm Schmundt etwas anderes darunter versteht als Rudolf Steiner, allerdings ohne diesen Unterschied zu bemerken. Schauen wir uns das genauer an:

In Kapitel 1 mit dem Titel „Das unerkannte Unternehmen“ stellt Wilhelm Schmundt die „Arbeit für ande-

1 „Damit haben wir die Grundbegriffe zusammen, von denen unsere Untersuchung ausgehen soll. Man findet sie in den ersten Vorträgen seines Nationalökonomischen Kurses (1922) von Rudolf Steiner entwickelt.“ Zitat aus: Wilhelm Schmundt, „Der soziale Organismus in seiner Freiheitsgestalt“ (Dornach 1968 und FIU-Verlag 1993, S. 11).

2 Rudolf Steiner, Nationalökonomischer Kurs (NÖK), gehalten in Dornach vom 24. Juli bis 6. August 1922; erschienen im Rahmen der Rudolf Steiner Gesamtausgabe, Dornach 1965, (GA 340).

3 NÖK, 4. Vortrag vom 27.7.1922, a.a.O., S. 54 f.

4 NÖK, 2. Vortrag vom 25.7.1922, a.a.O., S. 29.

5 NÖK, 4. Vortrag vom 27.7.1922, a.a.O., S. 53 f.

6 NÖK, 4. Vortrag vom 27.7.1922, a.a.O., S. 54 f.

7 NÖK, 4. Vortrag vom 27.7.1922, a.a.O., S. 54.

8 W. Schmundt, a.a.O., S. 11.

re<sup>9</sup> als „Grundcharakteristikum“ heraus, „welches das soziale Wesen kennzeichnet“, wie es sich im 20. Jahrhundert darstellt. Damit kann man ja sehr einverstanden sein, besonders wenn auf das tatsächliche Verhalten in einer arbeitsteiligen Wirtschaft geschaut wird, die ja von ihrer objektiven Grundstruktur her „Arbeit für andere“ ist, selbst wenn die individuellen Motive für solches Arbeiten normalerweise mehr mit dem eigenen Geldbeutel zu tun haben.

Sehr bald bereitet Schmundt nun die Begriffe „Wert 1“ und „Wert 2“ vor, ohne diese hier schon bei Namen zu nennen. Er betrachtet die Bezüge, in die die „Arbeit für andere“ verflochten ist. Er sieht sie nach zwei polaren Richtungen gehen, „nach innen und nach außen: es wird die Arbeit gelenkt von den Fähigkeiten des betreffenden Menschen, von seinen intellektuellen Begabungen, seinen Handfertigkeiten, und es ‚wirkt‘ die Arbeit in irgend einer Weise Gestaltungen im Kräfte- und Stoffesbereich der Natur.“<sup>10</sup> Wilhelm Schmundt hat offensichtlich den normalen Arbeitsprozeß vor Augen, und er findet in diesem einerseits die Richtung vom Geist her, die er als „intellektuelle Begabungen und Handfertigkeiten“ anspricht; andererseits findet er darin die Richtung auf die Natur hin, die er als „Gestaltungen im Kräfte- und Stoffesbereich der Natur“ anspricht. Er beschreibt hier also etwas näher dasjenige, was im Nationalökonomischen Kurs als „Anwendung von Arbeit auf die Natur“ (Wert 1) dargestellt wurde; er sieht den Menschen mit seinen Fähigkeiten, der auf die Natur einwirkt, und das ist „Arbeit“, die den Wert 1 schafft, jedenfalls nach der Beschreibung des Nationalökonomischen Kurses.

Wilhelm Schmundt verwendet nun die Ausdrücke Wert 1 und Wert 2, um damit etwas anderes zu bezeichnen. Er betrachtet den normalen Arbeitsprozeß und findet darin die oben angesprochene Polarität von „nach innen und nach außen“, also der Fähigkeiten vom Geist her und der Gestaltung in das Naturprodukt hinein. Er verwendet die beiden Ausdrücke Wert 1 und Wert 2 für diese Polarität. Für Schmundt ist „deutlich dieser doppelte Bezug und zugleich dieses Gerichtetsein des Arbeitsprozesses, dieses Gelenktsein der Arbeit von den Fähigkeiten und dieses Bewirken von Gestaltungen im Bereich der Naturkräfte und -stoffe“<sup>11</sup>. Wilhelm Schmundt beschreibt mit diesem doppelten Bezug den normalen Arbeitsprozeß, denn ganz ohne Frage sind es die Fähigkeiten des Menschen, die sich im menschlichen Arbeitsprozeß auf das Naturprodukt richten und dieses umgestalten. Im Steinerschen Sinn entsteht dadurch Wert 1. Auch Schmundt ist deutlich, daß es sich bei dieser Polarität um einen einheitlichen Prozeß „vom gestaltenden Geist zur gestalteten Natur“ handelt. Aber er verwendet die Ausdrücke Wert 1 und Wert 2 eben zur Bezeichnung dieser Polarität innerhalb des Vorganges, der bei Steiner den Wert 1 hervorbringt. Zitat Schmundt: „Als Wert 1 - nennen wir ihn Naturwert oder Ware - wird ... der Wirtschaftswert bezeichnet, der sich bei der gestaltenden Bearbeitung im Bereich der Naturkräfte

und -stoffe ergibt. Als Wert 2 - geben wir ihm den Namen Fähigkeitswert oder Leistung - haben wir sodann die von den Fähigkeiten geleitete Arbeit anzusehen.“<sup>12</sup> Wert 2 wird hier ganz eindeutig verstanden als hervorgehend aus einem ganz normalen Arbeitsvorgang, wobei daran speziell die Fähigkeiten ins Auge gefaßt werden. Wird das Ergebnis ins Auge gefaßt, etwa die Ware, die bei Schmundt „Naturwert“ heißt, so verwendet Schmundt hier den Ausdruck „Wert 1“. Rudolf Steiner meint jedoch mit Wert 1 den ganzen Arbeitsvorgang, bzw. das Produkt des ganzen Arbeitsvorgangs; er faßt beides zusammen als „Wert 1“. Keine Rede bei Wilhelm Schmundt vom Steinerschen „Wert 2“, von Rationalisierung und Arbeitsteilung, oder Anwendung von Geist auf gegebene Arbeit. Arbeit wird von Steiner in Bezug auf Wert 2 als vorgegebener Rohstoff genommen, der vom Geist so gestaltet wird, wie vorher das Naturprodukt bei Wert 1 von der menschlichen Arbeit gestaltet wurde.<sup>13</sup> Das, was Rudolf Steiner mit Wert 2 meint, bekommt Wilhelm Schmundt gar nicht in den Blick.

### Weshalb Wilhelm Schmundt an seinem Irrtum festhielt

Im Abschnitt 8. des Anhangs „Über das Verhältnis dieser Studie zum Nationalökonomischen Kurs Rudolf Steiners“ gibt es einen Hinweis darauf, daß Wilhelm Schmundt auch mit dem umfassenderen Begriff von Wert 2 konfrontiert wurde; möglicherweise wurden Einwände gegen seine Steiner-Interpretation geäußert: „Mit einem gewissen Recht kann zunächst gesagt werden: so wie hier über die beiden Arten der Wirtschaftswerte gesprochen wird, hat Rudolf Steiner es nicht gemeint.“<sup>14</sup> Und etwas später konkretisiert Wilhelm Schmundt diesen Einwand sogar, indem er sich auf jenen Grundvorgang industrieller Entwicklung bezieht, „bei dem die Arbeit durch den Erfindergeist rationalisiert und organisiert wird.“<sup>15</sup> „Bei Gott, jetzt hat er's!“ möchte man schon ausrufen mit Professor Higgins aus „My Fair Lady“. Aber dann kommt es doch noch anders:

Er setzt diesem Verständnis ein Urteil entgegen, das nicht weiter begründet wird: „Damit aber ist man in eine Sackgasse geraten, es ist hoffnungslos, mit solchen an der Oberfläche bleibenden Begriffen die konkreten Wirtschaftsvorgänge beschreiben zu wollen.“ Und kurz danach heißt es: „Man schwimmt im Ungewissen und, da sich an dieser Stelle der Zugang zum Nationalökonomischen Kurs befindet, so wird alles Spätere von dieser Unsicherheit ergriffen.“<sup>16</sup> Starke Worte! Leider fehlt die Begründung, wie nicht selten bei Wilhelm Schmundt. Man ist also darauf angewiesen, sich selbst auf die Suche nach den Gründen für diese Zurückweisung zu begeben. Denn daß die Begriffe „Rationalisierung“ und „Arbeitsteilung“ sehr wohl leistungsfähige Beschreibungen von bestimmten wirtschaftlichen Grundvorgängen

9 W. Schmundt, a.a.O., S. 10.

10 W. Schmundt, a.a.O., S. 10.

11 W. Schmundt, a.a.O., S. 11.

12 W. Schmundt, a.a.O., S. 11.

13 NÖK, 2. Vortrag vom 25.7.1922, a.a.O., S. 32.

14 W. Schmundt, a.a.O., S. 95.

15 W. Schmundt, a.a.O., S. 95.

16 W. Schmundt, a.a.O., S. 95 f.

liefern können, das kann doch nicht im Ernst bezweifelt werden. An dieser Stelle folge ich dem methodischen Beispiel Wilhelm Schmundts und erspare mir die Begründung. Aber es bleibt die Frage: Woher nimmt Schmundt seine Unsicherheit, bzw. wieso gerät er hier in's Schwimmen?

Geht man der Sache nach, dann findet sich ein gedanklicher Schlenker bei Wilhelm Schmundt, mit dem er sich selbst zu Fall bringt. Gleich im Anschluß an die Stelle, an der er davon spricht, wie der „*Erfindergeist rationalisiert*“, verwischt er diese Einsicht wieder, indem er sie „vergrößert“: „*So kann man von hier aus zu der Ansicht geführt werden, jene zwei Arten volkswirtschaftlicher Werte seien in dem Sinne zu unterscheiden, wie man - grob gesagt - Handarbeit und Kopfarbeit oder auch ‚Arbeitsleister‘ und ‚Arbeitsleiter‘ unterscheidet.*“<sup>17</sup> Wenn man so gleichsetzt, dann kommt man tatsächlich ins Unsichere und fängt an, gedanklich zu schwimmen, denn nicht jede Kopfarbeit ist gleich schon eine Rationalisierung; man denke etwa an die Tätigkeit des Buchhalters, an die Tätigkeit des Kundenberaters oder an die der Ein- und Verkaufsabteilungen eines Unternehmens. Die zentrale Aufgabenstellung dieser Abteilungen hat mit Rationalisierung bei weitem nicht so viel zu tun, wie etwa die Produktplanung oder die Arbeitsplanung. Daß in jeder Abteilung einzelne Arbeitsabläufe rationalisiert werden können, steht damit nicht im Widerspruch. - Und Ähnliches läßt sich zur Gleichstellung von Rationalisierung mit der Funktion des „Arbeitsleiters“ sagen: Damit ist meist auch viel Routine und Verwaltungsarbeit verbunden; meist geht der Arbeitsablauf im Zuständigkeitsbereich eines solchen „Arbeitsleiters“ seinen ruhigen Gang, und eher ausnahmsweise kommt es zu Rationalisierungen der Arbeitsabläufe. - Fazit: Schmundts saloppe Gleichsetzung von Rationalisierung und Kopfarbeiter führt ins Unsichere, nicht der Begriff der Rationalisierung selbst. Hätte Schmundt nicht diesen gedanklichen Schlenker gemacht, wäre ihm und anderen ein folgenreicher Irrtum wahrscheinlich erspart geblieben.

## Die Auswirkungen des Mißverständnisses im Denken Wilhelm Schmundts

### 1. Der Arbeitsbegriff bei Schmundt (und bei Marx aus der Sicht Steiners)

Wilhelm Schmundt arbeitet nun mit dem von ihm entwickelten Begriff „Fähigkeitswert“. So sagt er über die Mitarbeiter eines Unternehmens, die am Morgen zu der Produktionsstätte hingeströmt sind: „Sie erzeugen Fähigkeitswerte, die am Nachmittag, am Ende der Arbeitszeit, verbraucht sind.“ Und kurz danach heißt es: „Der Wertzuwachs, den die einströmenden Naturwerte beim Durchgang durch das Unternehmen erfahren haben, ehe

sie nun als die herausströmenden Waren dem Verbrauch zustreben, entspricht genau der Summe aller Fähigkeitswerte, die an dieser Produktionsstätte aufgewendet wurden.“<sup>18</sup>

Rationalisierungsideen verbrauchen sich normalerweise nicht im Laufe eines Arbeitstages. Solange sie nicht durch etwas Besseres ersetzt sind, werden sie praktisch angewendet und erzeugen - im Sinne Steiners - den Wert 2. Das kann jahrelang andauern, und zwar solange unermüdlich, bis die Konkurrenz nachgezogen hat und durch weitere Rationalisierung das Produkt zu einem billigeren Preise anbietet. Hier wird der Wert 2, also der Rationalisierungsgewinn, allmählich „vergesellschaftet“: Die allgemeine Käuferschaft kommt in den Genuß der früheren Rationalisierungen, nachdem eine Zeitlang der erste Verkäufer des rationalisierten Produkts einen erhöhten Gewinn hatte. Wenn Schmundt seine Fähigkeitswerte im Laufe eines Arbeitstages sich verbrauchen läßt und das dann auch mit dem Ausdruck „Wert 2“ belegt, meint er damit etwas anderes als Steiner.

Was meint denn Schmundt mit „Fähigkeitswert“? Wieder erklärt Schmundt nicht weiter, und man ist auf seine eigenen Vermutungen angewiesen. Sollte vielleicht ganz einfach gemeint sein, daß Arbeit müde macht im Laufe des Arbeitstages? Anthropologisch gesprochen fließen ständig Kräfte ein in die Gestaltung des Produkts. Indem ich meine Fähigkeiten anwende, präge ich dem ursprünglichen Naturprodukt mein menschliches Wesen auf. Sind das die sich verbrauchenden Fähigkeitswerte? Sollte das gemeint sein, so würde Schmundt den anthropologischen Arbeitsbegriff mit dem volkswirtschaftlichen in einen Topf werfen, was Steiner gegenüber Karl Marx geltend macht: „*Arbeit so betrachtet, wie sie zum Beispiel Marx betrachtet, daß er sagt, man solle als Äquivalent suchen dasjenige, was aufgebraucht wird durch die Arbeit am menschlichen Organismus, das ist ein kolossaler Unsinn ... Es kommt nicht darauf an im volkswirtschaftlichen Sinn, was am Menschen geschieht ... Rein volkswirtschaftlich hat es keine Berechtigung, irgendwie darauf hinzuweisen, daß die Arbeit ... den Menschen abnützt.*“<sup>19</sup> Hier kommt es auf zäubereres Denken an. Selbstverständlich sieht auch Steiner, daß die Arbeit am menschlichen Organismus etwas verbraucht und daß für die menschlichen Bedürfnisse gesorgt werden muß. Aber für den volkswirtschaftlichen Begriff der Arbeit ist nicht wichtig, ob der Mensch am Ende des Arbeitstages mehr oder weniger erschöpft ist. Da zählt nur, ob die Arbeit getan und in den volkswirtschaftlichen Prozeß eingegliedert ist. Das durch die Arbeit am menschlichen Organismus Verbrauchte hat volkswirtschaftlich nur „in einem mittelbaren Sinn Bedeutung, weil man wieder für die Bedürfnisse des Menschen sorgen muß.“<sup>20</sup> Müßte man also die im Lauf des Arbeitstages sich verbrauchenden Schmundtschen „Fähigkeitswerte“ als das verstehen, was sich in der Ermüdung am Ende des Arbeitstages zur Geltung bringt, dann hätte Schmundt

18 W. Schmundt, a.a.O., S. 12 f.

19 NÖK, 2. Vortrag vom 25.7.1922, a.a.O., S. 31.

20 NÖK, 2. Vortrag vom 25.7.1922, a.a.O., S. 31.

17 W. Schmundt, a.a.O., S. 95.

einen außervolkswirtschaftlichen Arbeitsbegriff anstelle des volkswirtschaftlichen.

## 2. Die Bildung von Investitionskapital bei Schmundt und bei Steiner

Steiner kommt im Nationalökonomischen Kurs zu der Gleichstellung von Kapital und Geist, sichtbar beispielsweise in der Zeichnung 4 des 6. Vortrags.<sup>21</sup> Gemeint ist damit selbstverständlich nicht die platte Gleichsetzung von Kapitalbesitz mit überlegener Intelligenz. Erben etwa kann auch der Dümme. Aber auch die trickreiche Ausnutzung bestehender gesetzlicher Fehlsteuerungen, etwa beim Boden-, Wohnbau-, Währungs- und Aktienrecht sind von Steiner nicht gemeint, auch wenn zum Aufbau spekulativ erworbener Großvermögen ein manchmal erhebliches Maß an freibeuterischer Energie und Intelligenz nötig sind. Steiner hat mit dieser Gleichsetzung die Kapitalbildung durch Rationalisierungsgewinne im Auge. Zitat: „*Sie werden ... sehen, daß der Entstehungspunkt des Kapitals immer in der Arbeitsteilung, Arbeitsgliederung liegt ... und jeglicher solcher Vorgang besteht darin, daß der Geist auf die Arbeit angewendet wird*“<sup>22</sup>. Dieses so erworbene Geld steht unter anderem für Investitionen zur Verfügung. Die Quelle des Kapitals - auch wo der Unternehmer mit in Kredit verwandeltem Spargeld „bei Null“ beginnt - liegt in der Anwendung von Geist auf Arbeit.

Bei Schmundt wird dieser Zusammenhang nicht gedacht, weil er Wert 1 und 2 nicht sauber unterscheidet. Natürlich sieht auch Schmundt die Notwendigkeit, In-

vestitionen zu tätigen, etwa dann, wenn jemand eine neue Fabrik bauen will. Dieses Investitions- oder Unternehmerkapital muß bei ihm jedoch in einer eher mystizistischen Weise „aus dem Nichts“<sup>23</sup> geschöpft werden. Weil aber unmöglich jeder potentielle Unternehmer sein eigenes Geld „aus dem Nichts“ schöpfen kann, muß eine zentrale Investitionsbank<sup>24</sup> her, bzw. ein System von mit der Zentralbank verbundenen Banken, wo solche aus dem Nichts geschöpften Gelder zu beantragen sind.<sup>25</sup> Auch wenn man nicht so weit gehen will, wie seinerzeit Hans Georg Schweppenhäuser, der in diesem Zusammenhang von „Kommunismus“ nach dem Beispiel der Sowjetunion<sup>26</sup> sprach, wird man doch fragen müssen, ob Schmundt's Ansatz nicht dazu führen muß, daß der „vertragswirtschaftliche“ Assoziationsgedanke bürokratisch-zentralistisch entstellt wird, - als Folge der falschen Schmundt'schen Prämisse in bezug auf die Wertbildung.<sup>27</sup>

23 W. Schmundt, a.a.O., S. 13.

24 W. Schmundt, a.a.O., S. 26 unten.

25 W. Schmundt, a.a.O., S. 26 oben.

26 Siehe Fallstudien Heft 6a, Freiburg 1981 „Die Elementarlehre von Wilhelm Schmundt - Ein Briefwechsel über eine Kontroverse zur Sozialen Dreigliederung“, hrsg. vom Institut für soziale Gegenwartfragen Freiburg e.V., S. 20. Im Briefwechsel, S. 50, bewertet Schweppenhäuser die Schmundt'schen Vorstellungen folgendermaßen: „*Es muß erst einmal mit dem Wirtschaftssystem und den Banken das gemacht werden, was Lenin programmatisch schon vorverkündet und dann für Rußland durchgeführt hat: Alles muß erst weg, was an bürgerlichen Institutionen da ist; her muß die Staatsbank mit ihren Staatsbanksatelliten in der Wirtschaft und im Kulturleben.*“

27 Vgl. „Briefwechsel“, a.a.O., Brief Wilhelm Schmundts vom 22.1.1981, S. 43, Absatz II.

21 NÖK, 6. Vortrag vom 29.7.1922, a.a.O., S. 88.

22 NÖK, 4. Vortrag vom 27.7.1922, S. 54 f.

# Bezugspunkt deutsche Klassik

## Vorschlag zum historischen Nachdenken über Maßstäbe, Werte und Perspektiven

Ekkehart Krippendorff

*Ekkehart Krippendorff, geb. 1934, lehrt Politikwissenschaft und Internationale Beziehungen an der Freien Universität Berlin. Neben zahlreichen Veröffentlichungen - u.a. über die Themen Staat und Krieg, Militärkritik, Politik in Shakespeares Dramen - sind über J. W. Goethe erschienen: „Wie die Großen mit den Menschen spielen“ - Versuch über Goethes Politik (Frankfurt/Main 1988), und: Goethes Anschauen der Welt - Schriften und Maximen zur wissenschaftlichen Methode (Frankfurt/Main und Leipzig 1994).*

Als sich das, was später „Frühe Neuzeit“ heißen sollte, gesellschaftlich und politisch formierte und dabei nach Maßstäben und Orientierungen für eine zukunftsgerichtete Rückversicherung suchte, erinnerte man sich der Antike: die „Renaissance“ wurde dann zur möglicherweise wichtigsten und folgenreichsten geistigen Bewegung

Europas. Es war ein großer Akt der Erinnerung an einstige Größe, an Errungenschaften auf den Gebieten Architektur und Philosophie, Recht, Staat und Politik, in Kunst, Dichtung, Historiographie mit dem Erkenntnisziel, hier ästhetische so gut wie gesellschaftlich-politische Maßstäbe angesichts einer sich plötzlich und unheimlich beschleu-

nigenden Welt zu gewinnen. Dieses Erkenntnisinteresse an der Antike hat - unterschiedlich, versteht sich - bis heute nicht aufgehört. Die gegenwärtig als besonders maßstabsetzend „wiederentdeckte“ große Philosophin Hannah Arendt z.B. hat in der griechischen Polis, wo die Politik als Herstellung von Freiheit entdeckt worden war, den eigentlichen Bezugspunkt für moderne, zukunftsgerichtete Politik-Kritik gesehen. Die Gegenwartsdiagnose des vielzitierten Heiner Müller ist ohne deren wiederholte Spiegelung in der griechischen Dramatik und Mythologie gar nicht zu denken. Renaissance, die Erinnerungsarbeit einer „Wiedergeburt“, kann eine der aufregendsten und produktivsten geistigen Aufgaben sein: Nicht beliebig um des Erinnerns selbst willen, sondern um dessentwillen, was da zu erinnern, wiederzuentdecken, fruchtbar zu machen ist - so manches darf ja durchaus auch der archivalischen Geschichte überlassen werden.

In der deutschen Vergangenheit gibt es eine Periode, die zwar weit über das sprachlich und kulturell definierte Deutschland selbst hinausstrahlte, aber doch hier vor allem entstand und als eine große kultur-politische Bewegung Gestalt annahm, die für sich beanspruchen darf, einen Beitrag zur Weltkultur - die wir inzwischen als ein Ensemble von vielen Stimmen und Variationen der Möglichkeiten des Menschseins begreifen lernen - geleistet zu haben: Die Zeit der deutschen Klassik. Es ist das Zeitalter Weimars, das Zeitalter Lessings und Kants, das Zeitalter Haydns und Mozarts - kurz: der deutsche Beitrag zur Aufklärung. Es ist seit Horkheimers/Adornos „Dialektik“ intellektuell modisch geworden, abschätzig-kritisch von der Aufklärung zu sprechen, sie als Beginn einer rationalistischen Fehlentwicklung, von Vernunft ohne Sinnlichkeit, zu denunzieren - und doch gehört z.B. die apriorische, vor jeder Erfahrung liegende und darum durch keine Gesellschaft, Geschichte und Kultur relativierbare Begründung der Würde des Menschen als höchsten Zweckes durch Kant zum Kühnsten, was in Europa je gedacht worden ist (die Menschenrechte sind darum auch das einzige europäische Exportprodukt, dessen wir uns nicht als „imperialistisch“ zu schämen brauchen).

Es gehört zu einer fälschlich als „links“ sich verstehenden Attitüde, mit dem Verweis z.B. auf Heines ganz anders gemeinten Äußerungen von einer „deutschen Misere“ zu sprechen, weil hier die Revolution nur in den Köpfen, in der Philosophie, im Gedanken - und nicht auf den Barrikaden - stattgefunden habe. Damit aber wird - folgenreich bis heute - nicht erkannt, daß hier etwas im Ansatz historisch ganz und gar Neuartiges, Revolutionäres auf dem umstrittenen Felde des Politischen versucht worden war: nämlich die „dritte Begründung der Politik“. Denn während, in der Tradition von Thukydides bis Machiavelli, die Politik als Machtkampf beschrieben, dann auch von den Mächtigen „guten Gewissens“ so praktiziert und von ihren Ideologen nach unten publizistisch legitimiert wurde („1. Begründung“), während in der anderen Tradition, der politischen Ökonomie und ihrer Kritik, die Politik erklärt, auch kritisiert, aber jedenfalls gerechtfertigt wurde als Mittel zur Durchsetzung ökonomischer und gesellschaftlicher Interessen („2. Begründung“), machte die deutsche Aufklärung das erre-

gende Versprechen, den ganz und gar neuartigen Versuch, Politik allein zur Beförderung geistig-kultureller Werte zu betreiben und sie nur zu diesem Zwecke zu legitimieren. Weltbürgertum, Weltliteratur, Weltkultur waren ihr großer Horizont, Schillers ästhetisch, d.h. auf Prinzipien der Sittlichkeit und Freiheit (nicht aber von Nation und Volk!) zu begründendem Staat die kühne Leitidee für einen politischen Republikanismus.

Global denken - lokal handeln: Wer von der deutschen Klassik spricht, der kann von Weimar und seiner Praxis nicht schweigen. Das äußerlich bescheidene Herzogtum war in jenen proteisch fruchtbaren Jahrzehnten nicht lediglich ein aufgeklärt-absolutistischer „Museum“. Wieland verstand den Kleinstaat als eine Art Polis, ein Klein-Athen, Goethe ließ sich eben darum dort nieder, orientierte sich am Vorbild des bürgerlichen Kanzlers Justus Möser, der im Stadtstaat Osnabrück ebenfalls über die Vorzüge verantwortlichen politischen Handelns im überschaubaren Raum nachdachte: Weimar wurde - mit der Landesuniversität Jena als Epizentrum - ein „Gegenmodell“, eine Alternative zum territorialen National- und Machtstaat. Vor allem Goethe, zehn Jahre lang ganzzeitlicher und dann weitere vierzig Jahre teilzeitlicher Minister, praktizierte hier eine systematisch andere, neue Prioritäten setzende Politik: Inhaltlich - eine an Ausgeglichenheit orientierte Wirtschaftspolitik und Ressourcenentwicklung, und methodisch - Hilfe zur Selbsthilfe, Fördern statt Befehlen, Verzicht auf alle materiellen Privilegien der Regierungstätigkeit („Entsagung“). Als Fürstenerzieher und als Angehöriger der politischen Klasse seiner Zeit entwickelte er eine politische Ethik, die systematisch darzustellen bisher noch nicht unternommen worden ist, die aber in jedem Fall quer steht zu den Maximen jeder Macht- und sog. „Real“-Politik. Ihr stilles Vorbild ist die Staats-Tugendlehre des Konfuzius. „Kultur“, d.h. allgemeine Volksbildung, Wissenschaft, und die Förderung von Kunst und Theater standen ganz oben unter den „Staatsaufgaben“; abgeschafft wurde das Militär, das Lieblingsspielzeug aller Machtehrgeizigen bis heute. Einer, der an Goethes Welt lebhaftesten Anteil nahm, war der Gründer der Berliner Universität und „Erfinder“ des großen Konzepts der „Einheit von Forschung und Lehre“, Wilhelm von Humboldt.

Aber auch das gehört zum Erbe dieser deutschen Klassik: Die Grundlegung zu dem, was Leo Kreutzer den „anderen Fortschritt“ genannt hat: einen anderen Fortschritt in der Naturwissenschaft und ihrem modernen Kind, der Technologie vor allem. Dafür steht wiederum Goethe, nunmehr nicht der Politiker, sondern der Naturforscher und „Wissenschaftstheoretiker“, der für eine „zarte Empirie“ plädierte, für eine Wissenschaft, die nicht Herrschaftsinteressen, sondern den Bedürfnissen der Menschen diene, die Mensch und Natur im Gleichgewicht erhält; nicht diese, sondern die „Apparate-Wissenschaft“ hat sich -oder richtiger: wurde - historisch als siegreicher Fortschritt durchgesetzt mit Konsequenzen, die wir alle kennen: Von Hiroshima bis Gorleben. Wer wie Goethe, aber auch wie Alexander von Humboldt, ein anderer Großer jener „Gruppe 94“, in Jahrtausenden denkt, wird den nur auf Legislaturperioden und

Wirtschaftsinteressen fixierten Zeithorizont der heutigen Energiepolitiker als ein Verbrechen an Mensch, Natur und Geschichte ansehen müssen. Angeblich soll ja Gorleben mindestens für einige hundert Jahre sicher sein - aber was sind schon, rechnen wir sie zurück, einige hundert Jahre ...

Die deutsche Klassik stellt, auch im weiteren europäischen Horizont, einen geistesgeschichtlichen Höhepunkt dar, und zugleich eine Wegmarkierung. An ihr, nach ihr „trennten sich die Geister“. Das „Projekt Weimar“ wurde historisch überrollt: Politisch vom militarisierten Nationalstaat, wissenschaftlich von der quantifizierenden, mathematisierten Technologie, ökonomisch vom Kapitalismus der großen Märkte - auf nahezu allen Gebieten der Moderne ist das „Projekt der Klassik“ unterlegen: unterlegen, aber nicht widerlegt. Sie war eine europäisch-weltbürgerlich gedachte Antwort auf die Französische Revolution, deren Größe und Grenzen wir heute, wo diese ans Ende ihrer Dynamik gekommen ist, besser übersehen können. Die Antwort - oder die Antworten - auf die Frage, wo wurde Dauerhafteres geschaffen, welche Fundamente sind sicherer und tragfähiger für den Umgang mit den absehbaren Problemen unserer Zukunft: die politisch-ideologischen Programme von 1789 ff., die der ebenfalls damals beginnenden - staatlich forcierten - „modernen“ Naturwissenschaft und ihrer technologischen Umsetzungen, die einer weltmarktorientierten Ökonomie auf Kosten einer nachhaltigen, schonenden Ressourcenentwicklung - oder das, was ansatzweise aber im Grundsätzlichen sehr wohl fundiert während des „Goethe-Zeitalters“ von Schiller und den Humboldts, von Kant und Møser, von Wieland bis Herder durchdacht und vorgeschlagen wurde, und was Haydn und Mozart

musiksprachlich faßten, die Antworten darauf wären vor 100 Jahren eindeutig gegen „Weimar“ ausgefallen und vor 50 Jahren nicht einmal die Fragen mehr stellbar gewesen. Heute hingegen können und müssen sie gestellt werden und die Antworten dürften kaum mehr so eindeutig und selbstsicher auf der Fortschreibung der Erfolge und Errungenschaften der Moderne des Industriezeitalters bestehen, wie noch vor wenigen Jahren.

Nur historisch können wir sinnvoll über die Zukunft nachdenken - denn glücklicherweise war der Weg zur Gegenwart keine alternativlose Einbahnstraße. Ohne Alternativen in der Vergangenheit, ohne Wahlmöglichkeiten und gesellschaftlich getroffene Entscheidungen damals, gäbe es auch keine Entscheidungsfreiheiten für die Zukunft heute. Der Historiker Eric Hobsbawm, der soeben eine umfassende Bilanz des „kurzen 20. Jahrhunderts“ zog, kam zu dem Schluß, daß eine alternativlose Fortschreibung und Fortsetzung der Geschichte in die Katastrophe, in die „Finsternis“ führen werde. Die Welt müsse verändert, der Lauf der Geschichte aufgehalten, umgelenkt werden. Aber wohin? Die nicht unkritische aber zugleich empathische Rückbesinnung auf das, was zwischen 1750 und 1830 angedacht und ausformuliert wurde (das goldene Zeitalter Athens, von dessen Erbe wir noch immer zehren, hatte auch nicht länger gedauert!), eine „Renaissance der Aufklärung und Weimarer Klassik“, könnte zur Wiedergewinnung einer Perspektive und von dauerhaften Maßstäben jenseits des verklonten Fortschritts von größtem Nutzen sein. Ja, es möchte scheinen, als gebe es kein besseres Angebot und keine größere Herausforderung.

# Berichte

## Lothar Vogel

Am 1. Juni verstarb, achtzigjährig, Lothar Vogel. Als Waldorflehrer und Arzt wirkte er u.a. in Wuppertal und Ulm. Mit seinen Brüdern Diether und Heinz-Hartmut Vogel begründete er das Seminar für freiheitliche Ordnung in Bad Boll, in dessen Rahmen er für die Dreigliederung des sozialen Organismus wirkte. In seinem reichen Schaffen knüpfte er immer wieder an die Impulse der Goethe-Zeit an. Sein gleichzeitiges Engagement als Mediziner und Sozialforscher ermöglichte ihm einen besonderen Zugang zur Dreigliederung des menschlichen Organismus („Der dreigliedrige Mensch“) und ihrem Verhältnis zur sozialen Dreigliederung.

### **Projektdarstellung:**

## **Das Initiativkonto für selbstbestimmtes Handeln durch Gegenseitigkeit**

*Thomas Brunner*

Das „Initiativkonto“ ist ein künstlerisch-sozialer Versuch auf dem Weg der Herausbildung des dreigliedrigen sozialen Organismus. Die z.Zt. etwa 40 Mitglieder haben sich zur überregionalen Initiativkonto-Gemeinschaft zusammen gefunden, die ein gemeinsames Konto bei der GLS-Bank führt. Vierteljährlich findet ein sogenannter Stichtag statt, an dem jeder individuell die Möglichkeit hat, ein oder mehrere Projekte darzustellen. So eröffnet sich nicht nur die Wahrnehmung der verschiedensten Aktivitäten, sondern zugleich können auch mannigfaltige ge-



gegenseitige Anregungen entstehen und Anknüpfungspunkte für eine Zusammenarbeit. Jedes Mitglied verfügt über einen gleichgroßen Anteil am Gesamt-Kontostand. Über die eingebrachten Initiativen werden also keine Mehrheitsentscheidungen getroffen, sondern jedes Mitglied entscheidet (im Laufe eines Monats) über die Verwendung des eigenen Anteils. Je mehr Mitglieder sich für eine Initiative entscheiden, desto mehr Anteile von dem vorhandenen Geld entfallen auf diese Initiative und desto höher ist der Förderbetrag (wobei jedes Mitglied seinen Anteil auch auf verschiedene Initiativen verteilen, oder ganz im Konto lassen kann, dann fällt dieses zurückgehaltene Geld dem nächsten Stichtag zu, fließt also wieder auf alle). Für die Mitglieder heißt diese Vorgehensweise, daß die in heutigen Parlamenten übliche Vergewaltigung von Minderheiten durch oftmals fragwürdige Mehrheitsentscheidungen wegfällt. Auch ist durch die stets gleichen anteiligen Verfügungsrechte jeder „Vetterles-Wirtschaft“ in diesem Rahmen der Boden entzogen. Nur die Rechtsrahmen-Bedingungen werden mit demokratischer Mehrheit ermittelt. Auch ist der von der Gemeinschaft beauftragte Treuhänder jederzeit abrufbar, falls er z.B. die Buchführung nicht mehr im Sinne der Mitglieder ausführt. Alle das Initiativkonto betreffenden Informationen stehen allen Mitgliedern in gleicherweise transparent zur Verfügung. Grundsätzlich ist die Gemeinschaft für jeden Menschen offen. Daß es nur 30,- DM monatlicher Mindestbeitrag sind, kann als bewußter Akt der Offenheit und als Motivation gesehen werden, die Gemeinschaft beweglich zu erhalten, denn weniger heißt hier mehr, wobei es jedem Mitglied selbst überlassen bleibt, seine eigene Möglichkeit und Beteiligungsbereitschaft einzuschätzen.

Damit ist die Technik des Initiativkontos skizziert. Dabei handelt es sich selbstverständlich nur um *einen* Versuch, sich dem Wesen der *Assoziation* zu nähern, was nichts anderes heißt, als die Geldströme der Gesellschaft durch die Bildung von „Herzorganen“ in die Wahrnehmung zu rufen, um ihnen eine menschliche Dynamik zu verleihen.

Damit „die Menschen eine solche soziale Ordnung haben, wo sie immer sehen, wie die Dinge laufen, und sich nicht etwas vormachen. Wenn sie das soziale Leben herauskriegen allmählich aus demjenigen, was jetzt konfundiert alles in sich enthält, dann werden sie sehen, wie sie jetzt in dem gesunden menschlichen Organismus das Blut laufen sehen, so das Geld laufen sehen als Produktionsgeld, Leihgeld, Schenkungsgeld.“ Denn „entweder muß der Mensch wirklich Mensch werden, das heißt, er muß mit seinen Fähigkeiten zirkulieren können im sozialen Organismus, oder wir kommen in die Dekadenz hinein. Man kann natürlich die Dekadenz wählen, wenn man will; aber Stehenbleiben, das läßt uns eben die Evolution nicht. Das ist es, auf was es ankommt.“ (Beide Zitate von Rudolf Steiner, Oxford, 29. August 1922).

*Bei weiteren Fragen?, Interesse?, Anregungen?, kritischen Anmerkungen?, ...? bitte wenden an: Thomas Brunner, Britzweg 51, 24111 Kiel, Tel. (0431) 690073.*

## **Assoziationen: Auf der Suche nach engagierten Verbrauchern und Händlern**

### **Arbeitskreis Soziale Dreigliederung im Ruhrgebiet e.V.: Kurse, Gespräche, Kontakte und Vorträge im 1. Halbjahr 1997**

*Wilhelm Neurohr*

Auch im 1. Halbjahr 1997 setzte der gemeinnützige Arbeitskreis Soziale Dreigliederung im Ruhrgebiet e.V. sein Bemühen fort, zur Sicherung der Lebensgrundlagen eine menschengerechte Landwirtschaft und Ernährung als gemeinsames Anliegen von Produzenten, Händlern und Verbrauchern ins Bewußtsein zu bringen, mit dem Ziel, Assoziationen im Ballungsraum Ruhrgebiet zu bilden, die wiederum die Grundlage des zukünftigen Wirtschaftslebens darstellen und zur Existenzsicherung der biologisch-dynamischen Landwirtschaft und Ernährungsweise beitragen können.

Ausgehend von der Erkenntnis, daß nicht der Marktmechanismus als abstrakt funktionierendes System, sondern der individuelle Mensch (in Zusammenarbeit mit anderen Menschen) treibender „Motor des Wirtschaftslebens“ ist, will der Arbeitskreis die erforderlichen Menschenbegegnungen anstoßen, ermöglichen und organisieren helfen. Die am Wirtschaftsleben beteiligten und wechselseitig voneinander abhängigen Menschen sollen sich in überschaubaren Zusammenhängen den anderen beteiligten Menschen wirklich menschlich gegenüberstellen, um sich miteinander zu verständigen. Nicht nur die Interessen und Erwägungen Einzelner, sondern die Auseinandersetzungen mit allen Beteiligten führen zu gültigen Urteilen und Entscheidungen im Wirtschaftsleben. Assoziationen kommen als echte „Sozialpartnerschaft“ und Gegenstück zu den derzeitigen „Sozialgegnerschaften“ aber nur zustande, wenn sich sowohl aus dem Bereich der Produzenten als auch vor allem der Händler und Konsumenten engagierte Menschen zusammenfinden, die in geeigneter Weise kooperieren wollen. Wie schwierig und mühsam das ist, erlebt der Dreigliederungs-Arbeitskreis bei seinen anfänglichen Bemühungen allenthalben.

Fortgesetzt wurden zunächst die bereits im vorigen Jahr begonnenen Gespräche mit den Landwirten und Hofgemeinschaften sowie Händlern aus dem Umfeld des Ruhrgebietes. Doch der Versuch, möglichst alle interessierten Händler und Ladenbetreiber mit biologisch-dynamischer Produktpalette zu einem gesonderten Gespräch am 7. März in den Räumen des Freien Bildungswerkes Bochum an einen Tisch zu bekommen, gelang nicht so recht, obwohl alle persönlich angesprochen und eingeladen wurden und zunächst auch Interesse bekundet hatten. Mit den wenigen erschienenen Ladenbetreibern sowie Vertretern der Demeter-Hofgemeinschaften vom Hof Sackern und vom Trantenrother Hof wurde aber ein ausgiebiges und fruchtbares Gespräch mit einer kreativen Ideensammlung bis kurz vor Mitternacht betrieben. Die Arbeitskreismitglieder übernahmen den Part

der sachkundigen Verbraucher. Gemeinsames Ziel war es, geeignete Wege und Mittel zu finden, die Händler und Verbraucher für ein Zusammenwirken in Assoziationen ganz konkret zu gewinnen. Über erste Schritte und Maßnahmen sowie eine Fortsetzung dieser gemeinsamen Gespräche und über eine gegenseitige Unterstützung war man sich einig.

Die Ideen nun auch in die Tat umzusetzen, hat sich der Dreigliederungs-Arbeitskreis zum Arbeitsschwerpunkt für das 2. Halbjahr 1997 gesetzt. Schriftliche Verbraucherinformationen auf den Ladentheken, professionelle Werbekampagnen sowie eine Informationsreihe in dem kostenlosen (durch Anzeigen finanzierten) anthroposophischen Monatsanzeiger „Trigonal“, in dem Veranstaltungstermine und Berichte von Einrichtungen auf anthroposophischer Grundlage in der Region Rhein-Ruhr veröffentlicht werden, sollen nun vorbereitet werden. (Die Anregung zu einer solchen regionalen Monatsschrift geht ebenfalls auf den Dreigliederungs-Arbeitskreis Ruhrgebiet zurück).

### **Veranstaltungsreihe in der Volkshochschule**

In Zusammenarbeit mit dem Freien Bildungswerk Bochum setzte der Dreigliederungs-Arbeitskreis im Rahmen der Reihe „Anthroposophie in der VHS“ seine Vortrags- und Gesprächsreihe fort mit drei weiteren Gesprächsabenden im April, diesmal zum Thema: „Lebensgrundlage Landwirtschaft als gemeinsame Sache von Landwirten, Händlern und Verbrauchern“. Inhaltlich ging es um folgende Aspekte:

- Welches Interesse haben die Verbraucher an biologisch-dynamischen Produkten?
- Was ist das Besondere an der biologisch-dynamischen Wirtschaftsweise?
- Zusammenarbeit in der Landwirtschaft: Wie können Verbraucher, Händler und Produzenten zusammenwirken?

Den Abschluß bildeten zwei Vorträge mit Gesprächen im Rahmen des Hoffestes auf dem Hof Sackern am 1. Mai.

Jeweils Freitags setzt sich im Treffpunkt Eickel der Mitarbeiterkreis weiterhin mit dem Nationalökonomischen Kurs von Rudolf Steiner einschließlich den zugehörigen Seminarbesprechungen auseinander. Eine weitere Literatur-Grundlage für die aktuelle Arbeit bildet das Buch „Kooperation oder Konkurs? Die Landwirtschaft braucht neue Sozialformen. Modelle und Praxis im biologisch-dynamischen Landbau“, hrsg. von H. Gengenbach und M. Limbacher im Verlag Freies Geistesleben.

### **Unterstützung des Trantenrother Hofes**

Zum Jahreswechsel waren Mitglieder des Arbeitskreises (namentlich Frau Brestowsky und Herr Dr. Basold) maßgeblich daran beteiligt, mit Kunden, Freunden und Förderern den Trantenrother Hof (Demeter-Hof zwischen Bochum und Witten) zu unterstützen. Über eine Vereinsgründung zur Förderung der biologisch-dynamischen Wirtschaftsweise und mittels verschiedener Aktionen

war man bemüht, zunächst in kurzer Zeit die finanziellen Mittel zusammenzubekommen für den Kauf des sanierungsbedürftigen Hofgebäudes und -geländes, das vom Ehepaar Fuglsang seit 1992 bewirtschaftet wird. Die relativ stadtnahe Lage des Hofladens begünstigt den Kontakt zu den Verbrauchern und deren Lebensbereich.

Ein wesentliches Ziel des gegründeten Vereines wird in der Bildung von Assoziationen zwischen Konsumenten, Produzenten und Händlern gesehen.

In einem Finanzierungs-Aufruf „Gemeinsam Verantwortung übernehmen“ wird um Spenden, Schenkungen oder Beteiligungen gebeten, da kurzfristig 160.000 DM für den Kauf und später 500.000 DM für Bau- und Erweiterungsmaßnahmen benötigt werden. Durch Zeichnung eines Landwirtschaftsbriefes kann man sich auch am Landwirtschaftsfond beteiligen. Der Betrag wird treuhänderisch der Gemeinnützigen Treuhandstelle e.V. Bochum zur Verfügung gestellt, die die Mittel leihweise an den Trantenrother Hof e.V. weiterleitet.

*Spenden (mit Spendenbescheinigung) bitte auf das Konto Nr. 737 der Stadt Witten bei der Sparkasse Witten, BLZ 452 500 35 mit dem Vermerk „Spende Trantenrother Hof e.V.“.*

### **Austausch mit anderen Initiativgruppen**

Im bislang vermutlich einzigen Dreigliederungs-Arbeitskreis in Nordrhein-Westfalen waren die Mitglieder des Dreigliederungs-Arbeitskreis Ruhrgebiet erfreut, daß sich nunmehr auch am Niederrhein und in Siegen Initiativgruppen gebildet haben, zu denen bereits Kontakte geknüpft wurden. Im Februar traf man sich im Treffpunkt Eickel mit der Siegener Gruppe zu einem ersten Informations- und Erfahrungsaustausch, der auch weiter fortgesetzt werden soll. Mit wechselseitigen Besuchen und gegenseitigen Unterstützungen wird eine locker vernetzte Zusammenarbeit in Nordrhein-Westfalen angestrebt.

Als Termin für die Jahreshauptversammlung des Arbeitskreises Soziale Dreigliederung im Ruhrgebiet e.V. wurde Freitag, der 23. Mai, im Treffpunkt Eickel festgelegt.

### **Vortragsveranstaltung beim Paritätischen Wohlfahrtsverband**

Auf Einladung des Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverbandes, Kreisgruppe Bochum, hielt Wilhelm Neurohr für den Dreigliederungs-Arbeitskreis Ruhrgebiet am 3. Februar in einer öffentlichen Begegnungsstätte einen Vortrag zum Thema: „Miteinander statt gegeneinander - Vom Konkurrenzprinzip zu kooperativen Formen des Wirtschaftens“. (Eine inhaltliche Zusammenfassung befindet sich an anderer Stelle dieses Dreigliederungs-Rundbriefes).

Der Vortrag war Schwerpunkt des traditionellen „Blauen Heinrich“, des alljährlichen Neujahrsempfangs des Wohlfahrtsverbandes für Mitglieder und Honoratioren bei einer zünftigen Graupensuppe, der oftmals mit Wasser verlängerten „Arme-Leute-Suppe“ im Ruhrgebiet. In jedem Jahr steht ein innovativer Vortrag und Referent zu einem außergewöhnlichen sozialen Thema auf der

Tagesordnung; in diesem Jahr war die Soziale Dreigliederung an der Reihe. Mit den ca. 80 anwesenden Vertretern der verschiedenartigen Gruppen und Einrichtungen sowie den amtlichen Vertretern von Rat und Verwaltung der Stadt Bochum entwickelte sich im Anschluß an den Vortrag eine sehr rege Diskussion, die den ursprünglich vorgegebenen Zeitrahmen für die Abendveranstaltung sprengte. Auch hier ging es letztlich um die wichtige Frage der Assoziationen im Wirtschaftsleben.

*Kontaktadresse: Hermann van Bömmel, Konrad-Adenauer-Str. 24, 58452 Witten, Tel. (02302) 926580, Fax (02302) 913407.*

## **Initiative für ein soziales Bodenrecht in der Schweiz**

(cs) Die Volksinitiative zielt auf eine Änderung der eidgenössischen Bundesverfassung. In den Änderungsvorschlägen zu den Artikeln 22 und 23 wird u.a. formuliert: „Das Eigentum an Gebäuden und an Fahrnis ist gewährleistet.“ „Grund und Boden ist Allgemeingut und Lebensgrundlage von Volk und Natur. Es wird von den Gemeinden verwaltet.“ „An Grund und Boden können nur Nutzungs- und Baurechte erworben werden.“ „Nutzungs- und Baurechte werden zeitlich nicht begrenzt und gehören den Eigentümern der Gebäude.“ „Der Nutzungs- bzw. Baurechtszins beträgt pro Jahr 2 bis höchstens 4 Prozent des festgelegten Bodenwerts.“ „Bodeneigentum geht innert zehn Jahren seit Annahme von Artikel 22 [...] durch Volk und Stände in Nutzungs- und Baurechte der bisherigen Eigentümer über.“ „Dieser Übergang gilt nicht als Enteignung oder Eigentumsbeschränkung [...]“.

Zur Begründung wird formuliert: „Das heute praktizierte Bodenrecht befriedigt in keiner Art und Weise und bietet zu mißbräuchlichem Verhalten Hand. Zudem belastet es unsere Geldbeutel mehr als notwendig durch hohe Bodenpreise, Schreibkosten, Vermögenssteuern, Gewinnsteuern, Handänderungssteuern, Hypotheken, Erschließungskosten, Eigenmietwert, Erbschaftssteuern etc. etc.“

*Nähere Informationen beim Sekretariat der Eidg. Volksinitiative für ein soziales Bodenrecht, Postfach, CH-2500 Biel 8, Tel. (0041)32-3415984, Fax (0041)32-3413694.*

## **Arbeitskreis zur Umsetzung und Finanzierung von mehr Menschlichkeit**

(rh) Ziel des Arbeitskreises ist die Erschließung neuer Wege im Kampf gegen die Erosion sozialer Sicherheit, wobei eine übergeordnete Zusammenarbeit von Vereinen und Selbständigen bewirkt werden soll. Gedacht ist z.B. an Formen des Zusammenlebens von gesunden und kranken bzw. seelenpflege-bedürftigen jungen und alten Menschen.

*Nähere Informationen bei: Reinhold Hach, Martinerfeld 9, 54294 Trier, Tel. und Fax (0651) 85857.*

## **Mensch und Medien - Eine Initiative anthroposophischer Medienforscher**

Seit 1993 trifft sich in regelmäßigen Abständen eine überregionale Arbeitsgruppe, deren Ziel es ist, aus der Anthroposophie heraus eine umfassende Medienwirkungsforschung zu entwickeln, die geeignet ist, in der breiten Öffentlichkeit aufklärend zu wirken hinsichtlich der pädagogischen, medizinischen und sozialen Aspekte des Medienproblems. Der Gruppe gehören Medienkritiker wie Heinz Buddemeier und Rainer Patzlaff an, ferner Felicitas Vogt, Dr. med. Hans Jürgen Scheurle, Oda Brüning von Negelein als ehemalige Dokumentarfilmerin, Jörg Andrees als Theaterpädagoge; zu weiteren Persönlichkeiten im In- und Ausland bestehen Kontakte.

Diese Gruppe sucht den Austausch mit allen, die sich für die Entwicklung und Verbreitung einer solchen Medienwissenschaft interessieren, und möchte deshalb ein FORUM MENSCH UND MEDIEN begründen, das zunächst einmal jährlich stattfinden soll. Es wird nicht nur der Diskussion innerhalb anthroposophischer Kreise dienen, sondern auch der Begegnung mit Forschern aus anderen Zusammenhängen, um deren Arbeitsansätze und Resultate kennenzulernen, mit ihnen ins Gespräch zu kommen, sich gegenseitig anzuregen und womöglich zu einer Zusammenarbeit zu finden.

Zu einer ersten öffentlichen Veranstaltung hatte die Gruppe gemeinsam mit der Medizinischen und Pädagogischen Sektion am Goetheanum und dem Verein für ein Anthroposophisches Heilwesen für den 14./15. Juni 1997 nach Stuttgart eingeladen.

*Kontaktadressen: Oda Brüning von Negelein, Enzianstr. 9a, 85591 Vaterstetten. Tel. und Fax (08106) 31566. Dr. Rainer Patzlaff, Zur Uhlandshöhe 12 b, 70188 Stuttgart, Tel. (0711) 2364860, Fax (0711) 232502. Felicitas Vogt, Johannes-Kepler-Str. 56, 75378 Bad Liebenzell-Unterlengenhardt, Tel. (07052) 2034, Fax (07052) 4107.*

# Ankündigungen und Termine

## Kunst im Sozialen - Soziale Kunst (Wertschöpfung - Wertverteilung)

### Öffentliches Plenum des Verbundes Freie Unternehmensinitiativen, 28.-30.6.1997

Ort: Handelskontor Willmann GmbH, Tafingerstr. 8, 71665 Vaihingen/Enz.

Beginn Samstag 20.00 Uhr. Samstag abend: Kunst im Sozialen, soziale Kunst. Musik: Bernhard Mollenhauer (Flöte). Beiträge von Holger Lampson und Christoph Strawe.

Sonntag 9.00 Uhr: Forum Wertschöpfung (Einleitender Vortrag: Christian Czesla). 11.00 Uhr: Forum Wertverteilung (Einleitender Beitrag: Udo Herrmannstorfer). 14.30-18.30 Uhr: Arbeitsgruppen. 20.00 Uhr: Liederabend mit Holger Lampson und Prof. J. Sonnleitner (Werke von Schubert und Ruhland).

Montag 9.00 Uhr: Begegnung und Gespräch zwischen Coopera/Schweiz und Verbund. 11.00 Uhr Plenum. 14.30 Uhr: Bedeutung des Themas für die Praxis der Unternehmen. 16.15 bis 17.00 Uhr: Zusammenfassung und Ausblick: „Auf dem Wege zu Sozialbilanzen“ (Udo Herrmannstorfer). Kosten für „Nicht-Verbund-Mitglieder“ nach freier Selbsteinschätzung.

## Weitere Informationen über: Verbund Freie Unternehmensinitiativen, Haußmannstr. 50, 70188 Stuttgart, Tel. (0711) 232351. Immer schneller, noch intelligenter, stets vernetzter?

### Achtzehntes Bremer Medienseminar, 11.-12. Oktober 1997

Mit Heinz Buddemeier, Anton Kimpfler und Uwe Kliemt. Die technischen Grundlagen der Phänomene, die mit der Thematik des Medienforschungsseminars angesprochen werden sollen, entstanden im Laufe der achtziger Jahre durch das Zusammenwachsen der Medien mit dem Computer. Dadurch konnten Multimedia, Internet, Cyberspace (virtuelle Realität) entstehen. Zugleich bekamen Wörter wie „digital“, „online“ und „interaktiv“ fast magische Wirkung. Wir wollen im Seminar so arbeiten, daß Gesprächseinleitungen zu einzelnen Themen und gemeinsames Gespräch abwechseln. Neben der Untersuchung der Phänomene soll es um die Frage gehen, woher die Anfälligkeit dafür kommt. Von da ausgehend soll dann darüber nachgedacht werden, wie

Gegengewichte gebildet werden können.

Beginn Samstag, 15.00 Uhr, Ende Sonntag 12.00 Uhr. Ort: Freie Waldorfschule Bremen, Parsevalstr. 2, 28309 Bremen. Seminargebühr 30,- DM.

*Nähere Informationen und Anmeldung: Verein für Medienforschung und Kulturförderung, Saarbrücker Str. 37, 28211 Bremen.*

## Geburt und Tod - Grenzen oder Tore?

### Goetheanum-Kongreß Wien, 24.-28. September 1997

Behandelt werden in Dialogen und Gruppengesprächen u.a. Fragen der Evolutionsbiologie (W. Schad, B. Goodwin), die geistig-seelische Dimension der Eingriffe in die Fruchtbarkeit (M. Glöckler, P. Petersen), der Todesprozeß und die Transplantationschirurgie (P. Bavastro, K. H. Tscheliessnigg), Individualität und Vererbung - Fragen der Erziehung (Z. Mesterhazy, H. Zimmermann).

*Programm und Anmeldung: Anthroposophische Gesellschaft, A-1040 Wien, Tilgnerstr. 3/5. Tel. und Fax (0043)-1-5053454.*

## Islamseminar, Stuttgart, 12.7.

Gesellschaftsprägende Elemente des Islam und Besonderheiten islamischer Wirtschaftsweise stehen im Mittelpunkt dieses eintägigen Seminars. Beginn 10.00 Uhr, Ende 17.00 Uhr. Kostenbeitrag 20,- DM.

Veranstalter ist das neu gegründete Forum „Junge Wirtschaft“, welches sich jeweils am ersten Samstag im Monat im Forum 3 Stuttgart gegen 10.00 Uhr treffen wird und an aktuellen Wirtschaftsfragen sowie an Alternativen arbeitet. *Kontaktadresse und Anmeldung: Alexander Käfer, Holzgartenstr. 9a/1105, 70174 Stuttgart, Tel. (0711) 2368753.*

## Anthroposophische Hochschulwochen 1997

### Hochschulwochen Dornach

23.-31. August 1997. **Landschaft - Atmosphäre - Leitbild.** Zur Frage der physischen, ätherischen und astralen Wirkungen im Umgang mit der Landschaft. Übungswoche für Landschaftsgestalter und Ökologen.

7.-14. September 1997: **Methoden und Schulungsmöglichkeiten im Fachstudium.** Studien- und Forschungswoche von Studenten für Studenten.

*Nähere Information: Jugendsektion, Dorneckstr. 1, CH-4143 Dornach, Tel. und Fax (0041)-61-7018326, oder Naturwissenschaftliche Sektion, Hügelweg 59, CH-4143 Dornach,*

Tel. (0041) -61-7064210, Fax (0041) -61-7064215.

## Studentisch-Anthroposophische Hochschulwochen Halle

31. August - 10. September 1997: **Die Bildungsfrage - vom Menschen aus gesehen.** AusBildung - UmBildung - Herausbildung: Wofür und Wohin? Wie kann Studieren fruchtbar werden? Fachkurse: Architektur, Biologie/Biochemie, Film-/Theaterwissenschaften, Geschichte, Geographie, Landwirtschaft, Literaturwissenschaften, Mathematik, Medizin, Musik, Pädagogik, Physik, Sozial-/Wirtschaftswissenschaften. Künstlerische Kurse.

11. - 16. September 1997: „Denk' ich an Deutschland in der Nacht...“ - Was kann Europa sein? Ein Symposium.

Nähere Information: *Arbeitsgemeinschaft für Kultur und Jugendbildung, c/o Urte Riggers, Maaßenstr. 8, D10777 Berlin, Tel. (030) 2170194.*

## X. Sommeruniversität Kassel

22. August - 20. September 1997: **Ist Wissenschaft wandlungsfähig?** 22. - 31. August: Separates Sommer Camp mit studentischen Unternehmungen. 24. - 31. August: Freie Musik. 31. August - 20. September: Chemie zusammen mit Biologie, Kugelgeometrie zusammen mit Astronomie, Literaturwissenschaft, Anthroposophie, Geschichte, Holzschnitzen, Eurythmie, Speerwerfen, Bothmergymnastik.

Nähere Information: *Pädagogische Forschungsstelle, Brabannerstr. 43, D-34131 Kassel, Tel. (0561) 37206 oder 9375847, Fax (0561) 9375848.*

## Hochschulwochen Stuttgart

3.-13. September 1997: **Anthroposophie in Studium und Lebenspraxis. Zehn Tage zum Kennenlernen, Begegnen, Befragen und Erproben**

Gruppenarbeit: Was ist Anthroposophie und wie kann man mit ihr individuell umgehen? Es wird u.a. eine Arbeitsgruppe mit Udo Herrmannstorfer, Christoph Strawe und Marco Bindelli angeboten („Anthroposophie - eine Hilfe zu vertieftem Biographieverständnis und individueller Entwicklung?“).

Anthroposophie in Studium und Lebenspraxis: Naturwissenschaften, Sozialwissenschaften (mit U. Herrmannstorfer und C. Strawe), Geisteswissenschaften und Medizin. Themenabende, Besuch anthroposophischer Einrichtungen.

14.-21. September 1997: **Vertiefung und Erneuerung des Fachstudiums durch Anthroposophie. Arbeitswoche für Fortgeschrittene**

U.a. Morgenkurs mit U. Herrmannstorfer (Geisteswissenschaft als Grundlage sozialen Handelns). Fachkurse: Pädagogik, Geschichte, Psychologie, Medizin, Sprach- und Literaturwissenschaft, Philosophie/Mathematik. Gemeinsamer Fachkurs Sozialwissenschaften und Biologie/Landschaftsgestaltung (Die Idee des Organismus: Grundfragen des natürlichen und sozialen Organismus im Dialog von Natur- und Sozialwissenschaften; mit M. Küster, A. Bleicher, W. Rau, H.C. Vahle und W. Schäd).

Nähere Information: *Freie Hochschule Stuttgart, Christoph Strawe, Haußmannstr. 44a, D-70188 Stuttgart, Tel. (0711) 2368950, Fax 0711-2360218.*

## Sommeruniversität Schweiz

2. - 9. August 1997: **Natur- und Kulturevolution. Vom Weltensein zum Eigensein - Vom Eigensein zum Weltensein - Die Bedingungen menschlicher Freiheit.** Seminare und Exkursionen in den Walliser Alpen. Seminare: „Evolution und Struktur“, Naturevolution im mineralischen, pflanzlichen und tierischen Bereich. Exkursionen: Entdecken der Bildeprinzipien der Pflanzengestalten, Umwandlung der Gesteinslandschaft. Abendvorträge zu aktuellen Themen.

Nähere Information: *Johannes Kreyenbühl Akademie, Seewenweg 5, CH-4153 Reinach, Tel. und Fax (0041)-61-7120910.*

## Fortbildungsreihe „Individualität und soziale Verantwortung“

Do, 16. - So, 19. Oktober 1997, Rudolf Steiner Haus Stuttgart: **Das Unternehmen als moderner Mysterienort: Kultur, Technik, soziales Leben - Arbeit am vierten Mysteriendrama Rudolf Steiners.** Mit U. Herrmannstorfer, C. Strawe, Wilfried Hammacher und Frank Teichmann. Anmeldeunterlagen liegen dem Rundbrief bei.

Fr, 21. - So, 23. November 1997: **Gestaltungsfragen im Sozialen: Dreigliederung des sozialen Organismus - Antwort auf soziale Fragen der Gegenwart.** R. Steiner Haus Nürnberg.

Fr, 6. - So, 8. Februar 1998: **Computer auch in der Waldorfpädagogik?** - Arbeitsanregungen für Selbstverwaltung und Unterricht. Eine Tagung für Eltern, Lehrer und wirtschaftlich Tätige. Studienhaus Rüspe, Kirchhundem

Sa, 28. - So, 29. März 1998: **Qualitätssicherung in anthroposophischen Einrichtungen. Individualität - Prozesse - Strukturen.** Voraussichtlich R. Steiner Haus Stuttgart.

Do, 30. April - So, 3. Mai 1998: Tagung zum Thema **„Organbildung und soziale Handlungsfähigkeit“**

Mi, 8. - Sa, 13. Juni 1998: **Einführungstagung in Grundlagen und Praxis der Dreigliederung des sozialen Organismus**

*Die detaillierten Programme und Anmeldeunterlagen erhalten Sie auf Anforderung jeweils nach Fertigstellung (z.T. erst 1998) beim Institut für soziale Gegenwartsfragen, Haußmannstr. 44a, D - 70188 Stuttgart, Tel. (0711) 2368950, Fax (0711) 2360218.*

## Seminarreihe „Schulungswege zu neuen Wirtschaftsformen“

Vaihingen-Enz, Samstag, 4. bis Montag, 6. Oktober 1997: **Führung und Selbstführung.** Ein Seminar für Unter-

nehmensverantwortliche aus dem Naturkostbereich und anderen Branchen. Veranstalter: Institut für soziale Gegenwartsfragen Stuttgart, Verbund Freie Unternehmensinitiativen und Handelskontor Willmann.

Vorträge: Führung und Selbstführung (Udo Herrmannstorfer), Führungsfragen im Unternehmensalltag (Christian Czesla), Der Schulungsweg des Unternehmers (Udo Herrmannstorfer). Gruppenarbeit, Betriebsrhythmie (Martina Valentien), Forum: Praktische Umsetzung.

Teilnahmegebühr 350,- DM (ohne Unterbringung und Verpflegung).

*Das detaillierte Programm und Anmeldeunterlagen erhalten Sie beim Institut für soziale Gegenwartsfragen, Haußmannstr. 44a, D - 70188 Stuttgart, Tel. (0711) 2368950, Fax (0711) 2360218.*

## **Nachfolger gesucht!**

Zur Übernahme der Geschäftsführung unter Beibehal-

tung einer Teilzeit-Unterrichtstätigkeit im Gymnasialbereich suchen wir einen engagierten Lehrer mit fundierten Kenntnissen im Verwaltungs-, Finanz- und Rechtsbereich zur Team-Geschäftsführung der Freien Waldorfschule Chiemgau in Prien am Chiemsee. Eine längere Einarbeitungsphase durch den jetzigen Geschäftsführer ist gegeben. *Bewerbungen richten Sie bitte an den Vorstand des Waldorfschulvereins Chiemgau e.V., Bernauer Str. 34, 83209 Prien.*

## **Netzwerkseminar zum Thema „Medienwesen“, 2.11.1997**

Das nächste Seminar der Initiative „Netzwerk Dreigliederung“ soll am Sonntag, dem 2. November, stattfinden und sich mit der Rolle der Medien im sozialen Organismus beschäftigen. Näheres entnehmen Sie bitte dem nächsten Rundbrief.

# Bestellformular

**Ich beteilige mich noch am Kostenausgleich 1997 der Initiative „Netzwerk“ mit DM .....**  
(Konto Nr. 11 61 625, Treuhandkonto Czesla, Landesgirokasse Stuttgart, BLZ 600 501 01)

**Bitte schicken Sie mir ..... Expl. Probenummern des Rundbriefs zum Weitergeben.**

**Hiermit bestelle ich nachfolgend angekreuzte Rundbriefe:**  
(Kostenbeitrag je Rundbrief DM 5,- zzgl. 3,- DM Porto Inland, 5,- DM Ausland)

- RB Nr. 1/92: Freiheit und Selbstverwaltung im Kulturleben
  - RB Nr. 3/92: Treuhandanstalt / Bildungsgutschein / Gesellschaft und Technik
  - RB Nr. 4/92: Dreigliederung des sozialen Organismus und Ökologie / Europa: Stichwort „Subsidiaritätsprinzip“
  - RB Nr. 1/93: Sozialkunde an der Waldorfschule / Dreigliederung und ökologische Frage
  - RB Nr. 3/4/93: Arbeitslosigkeit / Die Mitverantwortung des Verbrauchers im Wirtschaftsgeschehen
  - RB Nr. 1/94: Bedürfnislohn oder Leistungslohn?
  - RB Nr. 2/94: Dreigliederungsbewegung und das „Superwahljahr“ 1994 / Die europäische Integrationsbewegung
  - RB Nr. 3/94: Entwicklung des Geldwesens / Schulaufsicht / Minderheitenrechte
  - RB Nr. 1/95: Sozialutopien / Landwirtschaft / GATT - WTO / Geldwesen
  - RB Nr. 2/95: Ökosteuern / Antifaschismus
  - RB Nr. 4/95: Heilimpulse für das Gesundheitswesen / Wie wirkt man für Dreigliederung?
  - RB Nr. 1/96: Demokratie / Mitbestimmung
  - RB Nr. 2/96: Regionale Selbstverwaltung / Löhne sind keine Kosten / Zusammenarbeit in der Naturkostszene
  - RB Nr. 3/96: Waldorfpädagogik und soziale Frage / Zusammenarbeit in Freiheit
  - RB Nr. 4/96: Steuerreform / Goethes Märchen / Gewerkschaften
  - RB Nr. 1/97: Qualitätssicherung / Kommunalpolitik
- Ich lege einen Scheck über den Betrag der Bestellung bei.
- Ich habe den entsprechenden Betrag überwiesen auf das Konto Nr. 11 61 625, Treuhandkonto Czesla, Landesgirokasse Stuttgart, BLZ 600 501 01.

Bitte senden Sie mir eine Liste ausgewählter Dreigliederungsliteratur.

**Bitte schicken Sie mir bis auf Widerruf den „Dreigliederungs-Rundbrief“ zu** (mein Kostenbeitrag für den Rundbrief beträgt DM ..... /Jahr (Richtsatz DM 30,-); Kontonummer s.o. (Nur bei Neubestellungen ausfüllen.)

Name .....

Adresse, Telefon .....

.....

Datum, Unterschrift .....

